Nr. 208 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 104

Morgen-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 105.— M., monatl. 35.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 35.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 60.— M., für das übrige Ausland 87.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 13195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 4. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Vollsitzung der Genua-Konferenz.

Reparationsbesprechungen bei Lloyd George?

Genua, 3. Mai. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Nach dem endlosen Krach der letzten Wochen folgte heute die zweite Vollsitzung ohne große Begebenheiten und Zwischenfälle. Alles fand sich friedlich, als habe immer das beste Einverständnis geherrscht, ein. Neben Lloyd George, de Facta und Schanzer sah man auf dem Platz Barthous den französischen Botschafter in Rom Barrère. Für Deutschland nahm Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsaußenminister Dr. Rathenau und Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt an der Sitzung teil.

Die zweite Vollsitzung hatte die Aufgabe, die Arbeiten der Finanz- und Transportkommission zu bestätigen, also ein Pensum zu erledigen, dem nach der Annahme der Resolutionen in den Ausschüssen keine besondere Bedeutung beizumessen ist. Nach parlamentarischem Brauch kam man dieser Aufgabe nach durch Reden, in denen man eigentlich ohne Zweck nochmals Theorien aufstellte, die sicherlich nicht so bald zur Praxis werden und die um so weniger Wert hatten, als der erste Teil der Sitzung ohne eine rechte Anteilnahme verlief. Sowohl der einleitenden Rede des italienischen Ministerpräsidenten de Facta wie den Ausführungen des englischen Finanzsachverständigen Evans muß man trotz ihrer Wirkungslosigkeit die Absicht nachrühmen, ein Weiterarbeiten der Konferenz zu ermöglichen. Evans schien besonders bestrebt, die Finanzleitsätze, die die Herstellung der Goldparität, Vermeidung der Banknoten-Inflation, Balanzierung des Budgets durch Steuern und als erstes Hilfsmittel Anleihen fordern, in ihrer allgemeinen und dauernden Tragweite hervorzuheben. Aeußerst sympathisch wurde der Appell Schanzers, die Grundlage eines langen, dauernden Friedens zu schaffen, aufgenommen. Die nachfolgende Rede des französischen Delegierten Picard, die zu drei Vierteln aus Vorbehalten bestand, konnte nicht den Eindruck erwecken, daß man auch auf französischer Seite bereit sei, die Grundlage zu einem dauernden Frieden schaffen zu helfen. Erst als der Schweizer Schultheß zu Worte kam und eine Note anschlug, die später von Rathenau verstärkt wurde, gewann das erste europäische Parlament die notwendige Aufmerksamkeit. Schultheß bezeichnet als wesentliches Grundübel aller europäischen Schwierigkeiten die internationale Verschuldung. Ihm folgt Tschitscherin, aufmerksam belauscht, klar sprechend, jedes einzelne Wort abwägend! Er betont, daß Rußland nach seiner vierjährigen Abwesenheit von allen europäischen Konferenzen nicht recht mitarbeiten könne. Seine Ausführungen gipfeln in der Feststellung, daß eine finanzielle Gesundung Europas nicht möglich ist, solange die Rüstungen nicht eingestellt und abgebaut werden.

Als Rathenau dann in einer ursprünglich nicht vorgesehenen Rede die Auffassungen der Reichsregierung über die gegenwärtigen Zustände in Europa kurz zusammenfaßte, herrschte Stille.

Insgesamt beurteilt, muß man die Rede Rathenaus als geschickt bezeichnen. Vorsichtig verstand er es, durch seine Ausführungen das Reparationsproblem anzuschneiden, ohne einen Protest der von Paris beauftragten Horcher hervorzurufen. Während Lloyd George auf die Uebersetzung aller vorhergegangenen Reden keinen Wert legte, auf die des Franzosen Picard sogar ausdrücklich verzichtete, bat er, die Ausführungen Rathenaus sofort englisch zu übersetzen. Englische Journalisten äußern, daß sich Lloyd George über die Rede des deutschen Außenministers anerkennend ausgesprochen hat.

Dem Schluß der Sitzung kommt nur rein formale Bedeutung zu. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Arbeiten der Transportkommission. Er machte mehrfach starken Eindruck, als er an die Kriegsleiden Belgiens erinnert. Um 12½ Uhr wird die Sitzung geschlossen, nachdem die Resolutionen der einzelnen Kommissionen unter gewissen Vorbehalten einzelner Länder angenommen waren.

Damit hat ein Teil der Konferenzarbeiten ihren formellen Abschluß gefunden. Es wäre verfehltes Beginnen, hieraus nach dem bisherigen Verlauf der Tagung Schlußfolgerungen zu ziehen. Im übrigen fehlt uns vorläufig noch jede Garantie, daß die jetzt endgültig verabschiedeten Resolutionen auch von allen Staaten in Zukunft als Basis der Beschlüsse über Finanz- resp. Transportfragen gelten werden. Wir hegen vorerst nur den einen Wunsch, daß sich die schönen Hoffnungen, die in der heutigen Sitzung vereinzelt ausgesprochen wurden, zum Segen Europas bald bewahrheiten mögen.

Die Rede Rathenaus.

Genua, 3. Mai. (Sonderbericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes".) Rathenau führte in seiner Rede aus: Die Arbeiten der Kommissionen haben zur Lösung der ernsten finanziellen und wirtschaftlichen Fragen Formeln gefunden, deren Tragweite alle Erwartungen übertrifft. Seit zwei Jahren sei der Weltmarkt in einer beklagenswerten Weise gefährdet. Der Umfang des Welthandels sei auf ein Drittel, wenn nicht gar auf die Hälfte seiner Größe der letzten Vorkriegsjahre zusammengeschrumpft. Dieser Rückgang des internationalen Handels ist das bedenklichste Zeichen einer dauernden Verminderung der Kaufkraft, die in großen Teilen der Welt eine verhängnisvolle Arbeitslosigkeit, deren Opfer auf zehn Millionen ohne die Familienmitglieder geschätzt werden, mit sich gebracht hat. Zu den Gründen, die zu dieser Situation geführt haben, sind vor allem die riesigen Lasten zu zählen, die sich aus den Verpflichtungen und aus den Folgen des Krieges ergeben. Diese Lasten haben wirtschaftliche Schwierigkeiten verursacht, die sich durch gewisse wirtschaftspolitische Maßnahmen der Nachkriegspolitik noch verschlimmert haben. Die Sachverständigen sagen, die Verpflichtungen eines Landes zugunsten des Auslandes müssen durch den Umsatz von Waren geregelt werden können. **Nach unserer Berechnung, die sich von der Wirklichkeit sicher nicht weit entfernt, müßte der Gesamtbetrag der Weltausfuhr verdoppelt werden, wenn die Zinsen und eine kleine Amortisationsrate der Kriegsschulden aufgebracht werden sollen.** Nun ist aber der Weltmarkt bedeutend zurückgegangen. Die riesigen Lasten, unter denen die europäischen Staaten seufzen, führen zu einer ständigen Verminderung der Kaufkraft in allen Ländern. Die Schuldnerländer sind im schärfsten Verkaufszwang, aber die Notverkäufe geben diesen Ländern keine Kaufkraft zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse. Denn sie müssen einen großen Teil der so erworbenen Devisen ihren Gläubigern übergeben. Trotz intensiver Arbeit nimmt der Wert ihres Geldes ab, ihre Kaufkraft sinkt, und der Weltmarkt schrumpft mit der Abnahme der Kaufkraft weiter zusammen. Um ihre Märkte zu schützen, wenden sich die Gläubigerländer gegen den Import ihrer Schuldner durch Einfuhrverbote und hohe Zölle. Folglich sind die Schuldner, die sich trotz alledem Zahlungsmittel verschaffen müssen, in verschärfter Notlage. Das zwingt sie noch weiter, den Gegenwert ihrer Verkäufe im Auslande zu drücken, um nur überhaupt Devisen zu erhalten. Das führt zu einer neuen Baisse des Wechselkurses der Schuldner, zu neuer Arbeitslosigkeit bei den Gläubigern, zu neuen Verschärfungen des internationalen Wirtschaftskampfes. Es verwandelt sich die Last der internationalen Verschuldung in eine Verschärfung der Krise. Das wird nicht aufhören, solange die Völker Europas einer Gruppe von Männern gleichen, die, gewaltsam in einem engen Raum eingeschlossen, sich gegenseitig an die Gurgel fassen, anstatt gemeinsam ihre Befreiung zu erzwingen.

All das ist in der Theorie klar erkannt, aber es fehlte bisher die Praxis. **Die Wiederherstellung der Wechselkurse ist die erste Bedingung zur Beseitigung dieser Krise. Die Wiederherstellung der Handelsmärkte muß zu gleicher Zeit erfolgen. Jeder Stärkere muß dem Schwachen zu Hilfe kommen.** Die Stabilität ihrer Wechselkurse ist die Bedingung der Wiederherstellung ihrer Kaufkraft und die Wiederherstellung des Weltmarktes, die unentbehrliche Voraussetzung eines Fortschritts der Wirtschaft, Technik und damit einschließlich der gesamten Zivilisation. Es ist also dringend nötig, die Mittel finanzieller und wirtschaftlicher Art eng miteinander zu kombinieren, sie so schnell wie möglich nutzbar zu machen und zu verwirklichen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Vertreter der großen Nationen gegenüber den unerquicklichen Tatsachen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens den Willen zu einer energischen und schleunigen Zusammenarbeit finden werden.

Wirth und Rathenau bei Lloyd George.

Genua, 3. Mai. (Sonderbericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.") Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsaußenminister Dr. Rathenau sind für Donnerstag vormittag von dem englischen Ministerpräsidenten zu einer Besprechung gebeten worden. Es handelt sich um eine Aussprache über die innere Lage Deutschlands im Zusammenhang mit der deutschen Außenpolitik. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß Wirth und Rathenau in dieser Besprechung auch das Reparationsproblem anschneiden werden.

Bisher ist eine offizielle Entscheidung des Pariser Kabinettsrats über die Annahme oder Ablehnung des zweiten Teils des Memorandums über das russische Problem in Genua nicht eingetroffen. Es verlautet nur gerüchtweise, daß Poincaré sowie die Mehrzahl der Minister der Ansicht sind, daß man Belgien, das bekanntlich das Memorandum nicht unterschrieben hat, nicht im Stiche lassen kann.

Die italienische Delegation hielt heute eine Besprechung über die Frage des Burgfriedens ab. So sehr man auch einen dauernden Frieden wünscht, steht man doch der Frage im Hinblick auf die gesamte Situation äußerst pessimistisch gegenüber. Heute abend fand in dem Quartier der deutschen Delegation ein Bankett zu Ehren des italienischen Ministerpräsidenten Facta statt.

•

Am Freitag werden voraussichtlich 10 bis 15 deutsche Delegierte und außerdem der größere Teil der Sachverständigen aus Genua nach Berlin zurückkehren. Donnerstag abend reist schon Staatssekretär Schröder aus Genua ab.

Die Not der Sozialrentner.

Von Fr. Krieg.

Das Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und der Angestelltenversicherung, verabschiedet vom Reichstag am 18. November 1921, gültig vom 1. Oktober 1921, bestimmt, daß die Gemeinden verpflichtet sind, „bedürftigen" Rentnern aus der Invalidenversicherung auf Antrag Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung ist in solcher Höhe zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 3000 M., einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 2000 M., einer Waisenrente den Betrag von 1200 M. erreicht. Dieselben Beträge sind auch zu zahlen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung; an Witwen jedoch nur, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung (§ 1258 Abs. 2 RAO.) sind. Für Kinder unter 15 Jahren, die keine Rente beziehen, erhöht sich der Betrag um je 500 M., für das 4. und jedes weitere Kind um je 600 M. Außer Ansatz bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens bleibt das Arbeitseinkommen der Rentner bis zum Jahresbetrage von 2000 M., Bezüge aus öffentlichen Kassen, privaten Pensionskassen sind nur anzurechnen, soweit sie 600 M. im Jahre übersteigen. Einkommen aus Familienunterstützung, soweit sie über die gesetzliche Unterhaltsfrist oder vertraglich übernommene Verpflichtung hinausgeht, ist nicht auf das Gesamtjahreseinkommen anzurechnen.

Die Aenderung des Gesetzes durch Reichstagsbeschluß am 31. März 1922, gültig ab 1. April 1922, erhöhte die Beträge aus Arbeitseinkommen, die bei der Berechnung des Gesamtjahreseinkommens außer Ansatz bleiben, auf 4000 M. für den Rentenempfänger, auf 1200 M. bei Bezügen aus öffentlichen oder Pensionskassen. Ferner brachte der Reichstagsbeschluß vom 31. März einen Zusatz als § 2a, der bestimmt, daß die Unterstützungssätze, soweit besondere Umstände es erfordern, bis zu einem solchen Betrage erhöht werden können, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente oder eines Ruhegeldes den Betrag von 4800 M., einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 3300 M., einer Waisenrente den Betrag von 2000 M. erreicht.

Wenn die Bestimmung des § 2a auch keine Mußvorschrift ist, so darf man wohl die „besonderen Umstände", nach welchen die Unterstützungssätze zu dieser Höhe bemessen werden können, als Regel für die Großstadt wie Berlin gelten lassen. Für Berlin ist es deshalb nicht unbillig zu verlangen, daß der § 2a als Mußvorschrift zu gelten hat. Es könnte also ein Rentenempfänger, der 4000 M. Arbeitseinkommen hat und 1200 M. aus öffentlichen Kassen oder Pensionskassen der genannten Art bezieht, nebenbei eine Unterstützung aus der sozialen Rentnerfürsorge von 4800 M. erhalten. Das effektive Einkommen betrüge dann 10 000 M.

Es scheint nun Praxis in Berlin zu sein, daß den Invalidenrentenempfängern, die kein Arbeitseinkommen haben, die aber Wohlfahrtsunterstützung erhielten, diese entzogen wird, nachdem sie aus der Sozialrentnerfürsorge unterstützt wurden. Und vielfach wird es so sein, daß der Betrag, der ihnen entzogen wird, größer ist, als der Betrag, den sie aus der Sozialrentenfürsorge erhalten. Das kann nicht im Sinne des Fürsorgegesetzes liegen, denn das wäre keine Fürsorge, sondern das Gegenteil. Gesetzt, ein verheirateter Invalidenempfänger, selbst ohne Arbeitseinkommen, erhielt vorher neben seiner Invalidenrente von rund 83 M. noch eine Wohlfahrtsunterstützung von 185 M., der Höchstsatz für Berlin. Für die 185 M. Wohlfahrtsunterstützung tauscht er 170 M. aus der Sozialrentenfürsorge ein, also ein Minus von 15 M. Er hat dann ein Einkommen von etwas mehr als 250 M. im Monat. Was soll er damit beginnen, gar, wenn er noch eine arbeitsunfähige Frau hat? Es ist das mindeste, daß ihm die aus öffentlichen Kassen zufließenden Beträge nur angerechnet werden, soweit sie den Betrag von 1200 M. im Jahr oder 100 M. im Monat übersteigen, und wenn das geschieht, dann kann dem Rentenempfänger von seiner bisher bezogenen Wohlfahrtsunterstützung nichts gekürzt werden, denn anrechnungsfähig zum Gesamteinkommen sind in diesem Falle nur rund 83 M. Invalidenrente, 170 M. aus der Sozialrentenfürsorge und 85 M. Wohlfahrtsunterstützung, zusammen 338 M. im Monat oder 4056 M. im Jahr. Damit ist die Summe von 4800 M., die durch die Sozialrentenfürsorge erreicht werden kann, noch lange nicht erreicht, und das effektive Einkommen betrüge 4056 + 1200 = 5256 M. Jedenfalls keine Summe, von der man leben kann, noch viel weniger, wenn zwei Personen davon leben sollen. Es ist wohl zu erwarten, daß der Magistrat Anweisungen gibt, daß wegen der Sozialrentenfürsorge die Wohlfahrtsunterstützung nicht gekürzt oder entzogen wird, solange das im Gesetz vorgesehene Gesamtjahreseinkommen, unter Beachtung der nicht anrechnungsfähigen Beträge, nicht überschritten wird.

Viel schlechter noch als den Invalidenrentenempfängern geht es den erwerbsunfähigen Personen, die keine Invaliden- oder sonstige Rente beziehen, und in der

Hauptsache oder ganz auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Als Höchstsätze galten bis August 1921

für eine einzelne Person . .	70 M.
„ kinderlose Ehepaare . .	100 „
„ jedes unerwachsene Kind	20 „

monatlich. Zusatzunterstützung konnte innerhalb 4 Monaten einmal bis zu 25 M. an laufend unterstützte Personen gezahlt werden, und einmalige Unterstützung an andere Personen bis zu 75 M. Diese Sätze wurden durch Beschluß des Magistrats vom 24. August 1921 verdoppelt. Es entsprach das einem Antrag der 19. Bezirkskommission des 17. Verwaltungsbezirks vom 10. Dezember 1920, bis auf die Zusatzunterstützungen, die in höherem Maße und allmonatlich verlangt wurden. Nach dem Beschluß des Magistrats vom 24. August 1921 galten nun folgende Höchstsätze, die bis auf den heutigen Tag gleich geblieben sind:

für einzelne Personen bis zu . . .	140 M.
„ kinderlose Ehepaare bis zu . .	200 „
„ jedes unerwachsene Kind bis zu	40 „

Zusatzunterstützung an laufend unterstützte Personen innerhalb 3 Monaten einmal bis zu 50 M. einmalig, Unterstützung an andere Personen bis zu 150 M. Die Sätze waren zu dem Zeitpunkt des Beschlusses und des Inkrafttretens schon längst unzulänglich; sie entsprachen immer weniger den allernotwendigsten Bedürfnissen, als die unerhörte Teuerung einsetzte und andauernd zunahm. Was soll eine Einzelperson mit 140 M. oder ein Ehepaar mit 200 M. monatlich heute beginnen? Wenn man Hungerrationen von täglich ¾ Pfund Kartoffeln und ½ Pfund Brot pro Person annimmt, dann erfordert dies allein bei den heutigen Preisen eine monatliche Ausgabe von 120 bis 130 M. für eine Person. Da bleiben noch 10 bis 20 M. für alle anderen Bedürfnisse und evtl. auch noch für Miete übrig. Handelt es sich um ein Ehepaar, so reicht die Unterstützung nicht für Brot und Kartoffeln in dem vorstehend angeführten Ausmaße. Setzt man noch hinzu, daß der Zentner Briketts heute ab Lager 57,45 M. kostet, ein Kubikmeter Gas 3,50 M. und wahrscheinlich bald 4,50 M., dann kann man sich ausmalen, wo Verständnis für Hunger und Elend vorhanden ist, wie solche Menschen heute leben, noch leben können, die in der Hauptsache oder allein auf die Unterstützung angewiesen sind. Auch die geringe Zusatzunterstützung kann da nicht helfen.

Am 26. November 1921 hat die 19. Bezirkskommission des 17. Verwaltungsbezirks durch das Wohlfahrtsamt Lichtenberg Antrag an den Magistrat Berlin eingereicht auf Erhöhung der Höchstunterstützungssätze um 50 Proz., der Zusatzunterstützung um 100 Proz.! Die Teuerung war damals noch nicht so schlimm wie heute. Bemerkt wurde jedoch in dem Antrag, daß, wenn die Erhöhung nicht in kürzester Zeit erfolgt, erheblich höhere Sätze notwendig sind. Zu Jahresschluß kam dann die einmalige Beihilfe von 100 M. pro erwachsene Person, 50 M. für das Kind. Nach den Verhältnissen war dies völlig ungenügend. Die Versammlung der Bezirksvorsteher des 17. Verwaltungsbezirks am 2. Februar 1922 beschloß dann einstimmig einen beschleunigten Antrag an den Magistrat Berlin auf Verdoppelung der Höchstsätze und Verdreifachung der Zusatzunterstützung.

Jetzt ist fast ein Vierteljahr darüber vergangen, man hat noch nichts gehört. Auch die Stadtverordnetenversammlung vom 27. April hatte noch nichts davon auf ihrer Tagesordnung. Die Pflegegelder für Waisenkinder sind außer durch Beschluß des Magistrats vom 24. August 1921 schon wieder mit Wirkung ab 1. November 1921 erhöht. Auch sie sind unzureichend, besonders für die älteren Jahresklassen, wo sie bis zu 108 M. monatlich heruntergehen. Weit schlimmer aber steht es um die erwerbslosen Unterstützungsempfänger.

Stadtväter und Magistrat! Nun ist es Zeit, daß schnell und ausgiebig geholfen wird.

Kommunistische Zwecklügen.

Die Vorfälle am Berliner Rathause geben den Kommunisten wieder einmal willkommenen Anlaß, ihre Kunst in Zwecklügen zu betätigen. Die „Rote Fahne" hat die Meldung in die Welt gesetzt, daß 2 Tote und 25 Schwerverletzte bei dem Zusammenstoß auf der Strecke geblieben wären. Das war im Morgenblatt, und man konnte die falsche Meldung immer noch mit übertriebenen Gerüchten entschuldigen. Im Abendblatt aber, nachdem bereits ganz klar und einwandsfrei feststeht, daß kein Toter zu beklagen und daß die Mehrzahl der Verletzungen verhältnismäßig leichter Natur sind, sieht sich die „Rote Fahne" nicht etwa zum Widerruf veranlaßt, sie überschlägt sich vielmehr in neuen Schimpfereien gegen die Polizei und den Polizeipräsidenten. „Weg mit den monarchistischen Mordbuben!" „Bodenlose Unverschämtheit der Mörder!" „Offensive der reaktionären Mordbuben in der Schupo" — so geht es fort ins Endlose!

Worauf es bei diesen wüsten Uebertreibungen ankommt, das zeigt ein Aufruf der KPD., der zu Versammlungen einladet mit diesen anmutigen Sätzen:

„Die städtischen Arbeiter können mit ihren Hungerlöhnen nicht auskommen. Sie demonstrieren vor dem Rathaus des sozialistischen Magistrats für ihre gerechten Forderungen — aber die reaktionären Schupooffiziere des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter treiben mit blanken Bajonetten die Arbeiter auseinander . . ."

Zweck der ganzen Uebung ist, Schafe in den kommunistischen Stall zu treiben. Es ist selbstverständlich, daß die „Rote Fahne" in einer letzten Anwandlung von Scham ihren Lesern verschweigt, daß die Erfüllung der gerechten Forderungen der städtischen Arbeiter von den kommunistischen und unabhängigen Stadtverordneten gemeinsam mit den Deutschnationalen verschleppt worden ist, weil sich diese drei Parteien weigerten, die Deckungsvorlagen des Magistrats zu bewilligen, desselben Magistrats, in dem neben mehreren Unabhängigen doch auch Kommunisten, besoldete und unbesoldete, mitwirken.

Der besondere Zorn der Kommunisten gilt dem Polizeipräsidenten, Genossen Richter. Er wird als ein vollkommener „Spielball in den Händen der Offiziere" hingestellt, als ein zweiter Noske bezeichnet, gegen ihn ist keine Verdächtigung dumm genug, um nicht angewandt zu werden. In einer Notiz, die „Die Ursachen des Blutbades" überschrieben ist, kann man diese Bosheit lesen:

Am Fenster des Rathauses im 1. Stock stand der Polizeipräsident Richter. Er beobachtete, wie die Polizisten die Bajonette aufpflanzten und wie die berittenen Schupoleute auf die Arbeiter mit blanken Säbeln einhieben. Er machte nicht den geringsten Versuch, das beginnende Gemetzel aufzuhalten . . .

Nur wenige der an der Demonstration beteiligten und ohnehin aufgeregten Arbeiter werden aus eigenem wissen, wie falsch diese Behauptung ist. Die „Rote Fahne" aber muß das wissen, denn schon im Morgenblatt der „Freiheit" war zu lesen:

Nach einer **Vereinbarung zwischen dem Polizeipräsidenten und den Gewerkschaftsvertretern** wurde die Schupo dann zurückgezogen. Die Demonstranten zogen wieder vor das Rathaus

Diese Mitteilung der „Freiheit" wird von der Rechtspresse zu Angriffen auf den Polizeipräsidenten benutzt, um ihm „mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl für den Staatsgedanken", d. h. im Stile der Reaktionäre „Schlappheit gegenüber den Arbeitern" vorzuwerfen. Die Kommunisten aber drehen den Tatbestand um, um denselben sozialdemokratischen Polizeipräsidenten als einen Helfershelfer von „Arbeitermördern" hinzustellen. Trotz aller Erregung der Arbeiter, die aus den Vorfällen zu erklären ist, darf man doch annehmen, daß sie auf die allzu plumpen Zwecklügen der „Roten Fahne" und ihrer engeren Gesinnungsgenossen nicht hineinfallen werden.

Agrarier drohen mit Lieferstreik.

Kürzlich bestritt der Brandenburgische Landbund, daß die Agrarier gegen das Umlageverfahren mit dem Lieferstreik vorgehen wollten. Ihre pommerschen Freunde sind ehrlicher. Eine Kreisvertretertagung des Pommerschen Landbundes faßte nämlich soeben eine Entschließung, in der es heißt:

„Jeder Versuch, der Landwirtschaft erneut eine Umlage aufzuzwingen, wird den erbittertsten Widerstand des geeinigten Berufsstandes hervorrufen. Die **Bauernschaft hat Mittel an der Hand**, um die in der Umlage anzusehende Sonderbesteuerung der Landwirtschaft sowohl in ihrer Vorbereitung wie auch in ihrer Durchführung hinfällig zu machen **und wird von ihnen rücksichtslos Gebrauch** machen, auch wenn die Regierung versuchen sollte, in die Landwirtschaft Zersplitterung zu tragen."

Das ist doch wenigstens deutlich. Lügenhaft ist nur die alte Fabel von der „Sonderbesteuerung der Landwirtschaft", die sich schon jetzt vor Gewinnen nicht retten kann und obendrein noch Weltmarktpreise für ihr ganzes Getreide in Anspruch nimmt.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Landbündler treiben. Aber es muß für alle Fälle festgehalten werden, daß sie es waren, die das Volk mit der Hungerblockade bedrohen, wenn es sich nicht ihren Wünschen gefügig zeigt!

Die schwankenden Bannerträger.

Nachdem die Parole der „Einheitsfront" zur neuesten kommunistischen Modesache geworden ist, hat sich ein ergötzlicher Streit zwischen „Freiheit" und „Rote Fahne" darüber entsponnen, wer der Vater dieses Gedankens gewesen sei.

Die „Freiheit", in deren neuer Redaktion — wie Prager sagte — jetzt lauter „bewährte Parteikämpfer" mit teils kommunistischer, teils SPD.-Vergangenheit sitzen, glaubt nachweisen zu müssen, daß die USPD. die „Führerin und Bannerträgerin" der Idee von der Einheitsfront wäre. Diesen Nachweis bezeichnet die ebenso einheitsfrontbeflissene „Rote Fahne" als „Selbstbeweihräucherung" und behauptet, die USPD. sei erst durch das Drängen der Kommunisten gezwungen worden, „sich langsam von der SPD. loslösen, unter deren verderblichem Einfluß sie seit Halle vollkommen gestanden" hätte.

„Noch heute," sagt die „Rote Fahne" weiter, „schwankt die USPD. von einem Extrem in das andere . . . Wir . . . erinnern uns, wenn wir die schwankende USPD. vor uns sehen, die sich einbildet, der wahre Führer des Proletariats zur Einigung zu sein, an den berühmten **Mann, der aus dem Wirtshaus kam und der alle anderen Leute für besoffen hielt**, sich selbst aber für den Alleinnüchternen!"

Die „Freiheit" kennt natürlich ihre Pappenheimer. Noch in der gestrigen Morgenausgabe schrieb sie:

Man sieht also auch hier wieder, daß die Kommunisten **. . . in der Zermürbung der Kampfkraft der Arbeiterschaft ihre höchste Aufgabe erblicken.** Die Kommunisten **besorgen durch ihr Vorgehen lediglich die Geschäfte des Unternehmertums.**

Es ist wirklich rührend, mit welcher Liebe sich dieselben Leute behandeln, die fortwährend nach der „Einheitsfront des Proletariats" rufen, und dabei durch ihre rüden gegenseitigen Beschimpfungen lediglich den sozialistischen Arbeitern jede gemeinsame Arbeit für ein gemeinsames Ziel verekeln. Diese Art des Kampfes hat bereits, wie jede Wahl bewiesen hat, Zehntausende der USP.-Wähler und der Kommunisten ins Lager der Indifferenten getrieben. Die anderen aber, und das sind die einsichtigeren, helfen die Einheitsfront in den Reihen der alten Sozialdemokratie bilden.

Hermes dementiert. Das Reichsfinanzministerium erklärt die Meldung des „Daily Herald", die Reise Dr. Hermes' von Genua nach Berlin gelte eigentlich der Förderung der Entstaatlichung der Reichseisenbahn, als glatt erfunden, ebenso wie die Meldung über eine Konferenz darüber mit Stinnes, Krupp, Henschel und Linke-Hoffmann.

Masken.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Trotz Absterbens der Saison soll heute noch nicht von dem beschämenden Manko an wirklich neuschaffendem An- und Auftrieb, an originalen Werten gesprochen werden. Es muß sich wohl sehr viel Asche auf dem Boden ansammeln, bis ein Phöbus die Lust des Ausharrens verliert und in Wolkenhöhen stürmt. Wir haben Matadore von gestern, Mittelgut von heute, Andeuter des Morgen. Die Matadore verschlingt Amerika. Mit kühlem Lächeln werden in Deutschland ein paar Abschiedsworte hingelegt. Drüben blinkt das Gold. Nun, das ist menschlich. Diese Stars aber sollten aufhören, von ihrer Kulturpropaganda zu sprechen. Manche „erobern" sogar alle paar Monate Deutschland für Amerika. Schön. Musikalische Noten sind besser als diplomatische. Aber das Klappern mit Gold gehört nicht gerade zum Handwerk der Idealisten. Nehmt ruhig die Taschen voll großer Geldrollen, aber den Mund nicht voll großer Worte. Damit verlieren wir nicht noch einmal gern Krieg, Sympathien, Frieden und Zeit. —

Zu den Andeutern des Morgen will Krenek gehören. Sein Opus 6 wurde in Nürnberg unter dem Schutze der futuristischen Fahne wie ein Geniestück gefeiert. Die tapfere Lambinon-Vereinigung macht den an dieser Stelle gehegten Wunsch nach einer Aufführung des Quartetts wahr, und siehe da: ein sehr matter Erfolg, ein Krampf, keine Befreiung, ein mühseliges Durchwaten durch nicht manifestierte Einfälle, kein Zupacken, ein Schwimmen in Farbabtönungen, kein Farbebekennen. Das alles ist sehr gekonnt, sehr gut eingeleitet, hier und da von pikantem Eigenwuchs, dem Ganzen fehlt aber Gliederung, Bau, Grundsubstanz, das Bezwingende eines noch so neuen Klangs. Kurz gesagt: zu sehr überlegt und gemacht, zu schwach inspiriert. Hinter der Maske noch kein Gesicht.

Der Kölner Männergesangverein, vorbildlich in seiner Massendisziplin, strahlend in der rheinischen Schönheit seiner Tenöre, macht wirkliche Propaganda für Heimat und Reich. Der politischen Bedeutung ihres Kommens nach der Zentrale entsprach der künstlerische Erfolg.

In wunderschönen, malerisch-bunten Kostümen tritt jetzt der ukrainische Chor des prachtvoll überschäumenden Zuchtmeisters Alexander Koschytz wieder auf. Er ist nicht mit dem Berliner Anhängsel des Prof. Turula zu verwechseln. Ja Koschytz's Nationalchor dominieren die abgrundtiefen Bässe an Klangkraft, während rhythmisch und an Ausdrucknuance die ganze kleine Schar ein einziges, feinst gestimmtes Instrument darstellt. Man glaubt feststellen zu können, daß diese Leute um so besser sprechen und phantasieren, je weniger ihre Stimmen kulturell ausgebildet sind. Die membranharten Soprane sind ungewöhnlich. Dennoch: eine Abwechslung, eine Segnung in unserem Konzert-Einerlei, diese Menschen ohne Maske, ohne Kostümierung ihrer naturreinen Seele singen, jubeln, kokettieren, leben zu sehen.

Im Berliner Volkschor ist die Matthäus-Passion, das Feiertagswerk der Chorliteratur, zum Zugstück geworden. Zum Glück schadet die Wiederholung nichts dem Ernst und der Schlichtheit, der Kraft und der Ausgeglichenheit der Leistung. Sie ist durch starke Kürzungen um viele Schönheit gebracht, baut aber das Drama energisch zusammen. Leider hält Zander nichts von kritischen Betrachtungen; sonst könnte man über Striche des Werks disputieren.

Der Dirigent Michael Taube interessiert durch den Schwung und das Temperament seiner Führung, die gern einmal über alte Tempi hinwegrast. Der Dirigent Albert Hufeld bleibt auch bescheidenen Ansprüchen so gut wie alles schuldig. Sein Klavierspiel ist eindrucksvoll, nachfühlend in der Begleitung von Luise Gloger, die, gut beraten, Brahmsche Lieder geschmackvoll vorträgt. Doch sitzt ein Teil des Soprans noch ängstlich im Gaumen statt in der Maske. Thornberg hatte beim Mendelssohn-Konzert einen ganz schlechten Abend; unsauber, ungraziös und (im Andante) gar zu gefühlvoll. Bertram hat das Verhaltene und Empfindsame, den schwebenden Ton für ein Chopin-Spiel. Auch dem E-Moll-Konzert, das gar keines ist, bekommt sein Anschlag gut, doch konnte die Poesie noch poetischer klingen. Lopez Mindreau aus Peru ist ein kühler, objektiver, geradliniger Pianist, er meißelt die Figuren, färbt sie nicht. Alles trägt guter Geschmack. Die Griffsicherheit dürfte noch eindeutiger werden. Seine eigene Toccata und Fuge ist bedeutungslos, geschickte Nacharbeit, und Scharwenkos Variationen sind völlig abgeblaßt, Handwerk, nicht hohe Kunst. Es gibt viele freundliche Masken und wenig eigene Gesichter.

Die Roßbachschlacht bei Leuthen. Zu den sehr seltsamen Vorgängen, die, wie wir bereits mitteilten, sich vor kurzem auf dem Jüterboger Schießplatz abgespielt haben, weiß Stefan Großmanns „Tagebuch" noch folgende interessante Einzelheiten zu berichten: Auf dem Jüterboger Artillerieschießplatz stand vorige Woche eine Kirche mit Friedhof. Ringsherum sieben Häuschen, zwei Leiterwagen, ein Brunnen und viel Schutt. Das Ganze hieß „Leuthen", war im Auftrage der Cserépy-Filmgesellschaft gebaut und wird in Kürze als „Friedericus Rex, III. Teil", in Berlin zu sehen sein. — Unter Arzen von Cserepys Leitung wurde erbittert um das Dorf gekämpft. Oesterreicher verteidigten es, von sechs Holzkanonen brav unterstützt, preußische Kavallerie unter Granach-Ziethen versuchte den Ort im Handstreich zu nehmen, die Kirche wechselte einige Male den Besitzer. Jeder Tag brachte neue Zerstörung; die letzte Aufnahme zeigte Sprengung der Kirche und Brand des Dorfes, die Trümmer wurden von preußischen Truppen besetzt. An Komparserie war nicht gespart. Merkwürdig gute soldatische Haltung hatten die Truppen. Sie schliefen im alten Lager Jüterbog, erhielten volle Verpflegung und 35 M. pro Tag und marschierten stets geschlossen zum Aufnahmeort. Alle Angriffe und Verteidigungsphasen wurden mehrere Male geübt, bevor sie vor die Linse kamen. Klappten auch sehr gut, wie überhaupt der militärische Beirat der Cserépy-Filmgesellschaft sein Handwerk gut verstehen muß. Die Soldaten waren nicht ungesprächig. Soweit sie nicht dem russischen Flüchtlingslager Wünsdorf entstammten, waren sie alle Gutsarbeiter. Sie seien — so erzählten sie — auf verschiedene Güter verteilt, besäßen Waffen und stünden unter dem Kommando von Offizieren, die als Gutsinspektoren fungierten. Und auf ihrer Stammrolle stand: Freicorps Roßbach. Jawohl, in dem Bestreben, nur Echtes zu bringen, hat sich die Cserépy-Filmgesellschaft — sicherlich nicht ohne Selbstüberwindung, da ihr, wie oft genug beteuert wurde, politische Absichten ganz fern liegen — dazu verstanden, an die fünfhundert Roßbacher zu engagieren. Herr v. Roßbach hatte sich selbst bemüht und seine Truppe eingedrillt. Nur zu Filmzwecken und nicht etwa aus irgendwelchen militärischen oder sonstigen Gründen. Eine Art Operettenwaffenübung. Und weil im Frieden bei solchen Gelegenheiten reichlich Alkohol floß, sind auch die Roßbachoffiziere nicht vom Althergebrachten abgekommen und haben im Offizierskasino des alten Jüterboger Lagers wacker gezecht. Herr v. Cserépy spendete den Sekt dazu. Natürlich nur deutschen: Hindenburgeff-grün.

In Jüterbog weiß jedes kleine Kind von dieser Roßbachschlacht bei Leuthen; nur die Reichswehrstellen konnten das nicht ahnen, weil die Soldaten ihre Marken nicht am Halse trugen. Das war aber auch das einzige, was zur Wahrung ihres Geheimnisses geschah. Sonst waren sie bei Gott recht offenherzig. Verfassungstreuen Republikanern sei übrigens zur Beruhigung mitgeteilt, daß das Freikorps Roßbach von Amts wegen aufgelöst ist und daher eigentlich nicht existiert.

Eine Insel, die 1500 Milliarden wert ist. Ein Mittel, um aus allen Finanzschwierigkeiten herauszukommen und die drückenden Steuern herabsetzen zu können, empfiehlt der Forschungsreisende H. de Vere Stacpoole der englischen Regierung in einem Londoner Blatt. „Das einzige Gute," schreibt er, „das England von dem Krieg bekommen hat, ist die Insel Nauru im westlichen Stillen Ozean. Nauru hat 500 Millionen Tonnen phosphorsauren Kalk, der der beste Dünger in der ganzen Welt ist. Die Insel gehörte Deutschland vor dem Kriege und ist uns vom Völkerbund zuerteilt worden. Hier ist ein Gebirge von Reichtum, ein Schatz, wichtiger als ein Berg von Gold, weil dieser Dünger nie an Wert verlieren kann, sondern aus Mangel an solch kostbaren Düngemitteln immer wertvoller wird. Wenn ein internationales Syndikat Nauru zu vollem Preise kaufen würde, dann müßte es nicht weniger als 1500 Millionen Pfund bezahlen. Wenn die Vereinigten Staaten uns diese Insel auch nur um die Hälfte des Preises abnehmen, so wäre das das großartigste Geschäft, das unsere Regierung je machen könnte und die Rettung für England. — Selbst wenn die Schätzung des englischen Forschungsreisenden ein wenig zu hoch greifen sollte, so scheint es doch keinem Zweifel zu unterliegen, daß dieses kleine, einst zum deutschen Schutzgebiet der Marschallinseln gehörige Koralleneiland ungeheure Werte birgt. Und es drängt sich die Frage auf, weshalb wohl unsere schneidige wilhelminische Kolonialverwaltung von diesen Schätzen keinen oder nur einen ganz geringfügigen Gebrauch gemacht hat. Wir bezogen vor dem Kriege unsere Phosphate zum größten Teil aus Amerika und ließen den eigenen Besitz ungenutzt, der jetzt, wo er in englische Hände übergegangen ist, plötzlich einen Wert von ungefähr 1500 Milliarden Mark repräsentiert!

„Der Fremde in Berlin" heißt eine neue Wochenzeitschrift, die ein Führer für die Fremden, ein Chronist aller Berliner Ereignisse sein will. (Verlag „Der Fremde", Wilmersdorf.) Die erste Nummer enthält vielerlei nützliche Hinweise und Adressen, insbesondere über Gesandtschaften, Konsulate, die Sehenswürdigkeiten usw.

Einführung des Esperanto an den japanischen Schulen. Das japanische Parlament beauftragte das Unterrichtsministerium, sich mit der Frage der Einführung des Esperanto in den öffentlichen Schulen Japans zu befassen.

Verhandlungen über die Beamtengehälter.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet:

Halbamtlich verbreitete Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geeignet, ein einseitiges Bild in der Oeffentlichkeit hervorzurufen. Wohl ist richtig, daß zwischen dem letzten Angebot der Regierung und den am 25. April von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen nur noch ein Differenzbetrag von tausend Mark für den einzelnen Beamten vorhanden ist, sofern die sogenannte Kopfzulage berücksichtigt wird. Die Regierung beruft sich darauf, daß die Zugeständnisse auf Grund der stattgefundenen Verhandlungen 46 Milliarden betragen, während bereits am 1. April für den gleichen Zweck 50 Milliarden bewilligt worden seien. Die Regierung berechnet weiter den vorhandenen Differenzbetrag von 1000 Mark in seiner finanziellen Gesamtwirkung auf Milliarden und meint, angesichts der gegenwärtigen Lage des Reiches müssen daraus unerträgliche Folgewirkungen entstehen. Die gleiche Behauptung haben aber die Regierungsvertreter bei allen bisherigen Lohn- und Gehaltsbewegungen abgegeben, zuletzt bei den Verhandlungen im März. Und als dann die Haushaltskosten sich andauernd erhöhten, fanden sich die Gewerkschaftsvertreter am 22. März im Finanzministerium ein, um weitere Verbesserungen der kurz vorher abgeschlossenen Vereinbarungen durchzuführen. Die Regierung verhielt sich ablehnend mit dem Hinweis, daß die Lage des Reiches eine weitere Belastung nicht vertrage. Aber wenige Tage darauf, am 29. März, sah sich der Reichstag veranlaßt, die den Gewerkschaften konzedierte Summe von 32 Milliarden um weitere 18 Milliarden zu erhöhen. Angesichts dieser Tatsache kann die Regierung nicht im Ernst verlangen, daß die Gewerkschaften ihr Glauben schenken, wenn sie jetzt behauptet, daß 4 Milliarden für Besoldungszwecke nicht mehr aufzubringen seien.

Interessant ist übrigens auch die Feststellung, daß bei allen Verhandlungen bisher die Gewerkschaften ersucht wurden, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage ja keine Zahlen in der Oeffentlichkeit zu nennen. Die Regierungsvertreter selbst operieren dauernd in der Oeffentlichkeit mit den vielen Milliarden, die angeblich nicht aufzubringen sind. Der Zweck der Uebung ist klar erkennbar. Die an den Verhandlungen beteiligten höheren Reichs- und Länderbeamten arbeiten bewußt darauf hin, ihre eigenen Bezüge möglichst hoch festzusetzen, ohne auf das noch immer nicht erreichte Existenzminimum der unteren Beamten genügend Rücksicht zu nehmen. Das zeigte sich bei der letzten Verhandlung mit aller Deutlichkeit, und darum leisteten sie bei der geforderten Erhöhung des Kopfzuschlages den heftigsten Widerstand. Die tausend Mark wären von der Regierung glatt bewilligt worden, wenn sich die Gewerkschaftsvertreter damit einverstanden erklärt hätten, den höheren Beamten vielleicht das Zehnfache in Form einer größeren Steigerung des prozentualen Teuerungszuschlages zu geben. Betont werden muß auch, daß der Besoldungsausschuß des preußischen Landtages die Forderungen der Gewerkschaften einstimmig bewilligt und damit für gerecht anerkannt hat.

Wenn in der halbamtlichen Mitteilung zum Ausdruck gebracht wird, daß durch das Verhalten der Gewerkschaften eine Verzögerung in der Auszahlung eintreten könnte, so ist darauf hinzuweisen, daß, gleichviel ob eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften zustande kommt oder nicht, zunächst der Beschluß des Reichstages abgewartet werden muß, ehe die Auszahlung erfolgen kann.

Das Volksbegehren abgelehnt.

Dresden, 3. Mai. (WTB.) Die Staatskanzlei teilt amtlich mit. Der von den Organisationen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gestellte Antrag, ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags zuzulassen, wurde vom Gesamtministerium in der gestrigen Sitzung zurückgewiesen. Das Gesetz schreibt vor, daß ein solcher Antrag entweder von 1000 Stimmberechtigten unterschrieben oder aber glaubhaft gemacht werden muß, daß der Antrag von mehr als 20 000 stimmberechtigten Mitgliedern der Organisationen unterstützt wird. Beiden Voraussetzungen haben die Antragsteller nicht genügt. Die bloße Versicherung, daß der Antrag von mehr als 20 000 stimmberechtigten Mitgliedern unterstützt wird, macht dies im Sinne des Gesetzes noch nicht genügend glaubhaft, zumal nicht einmal die Mitgliederzahlen der Organisationen mitgeteilt wurden. Auch Parteitage, die den Mitgliedern Gelegenheit gegeben hätten, zu dem Antrage Stellung zu nehmen, fanden nicht statt. Bei der Bedeutung des Volksbegehrens, besonders da es sich um den ersten Fall handelt, muß das Gesetz bei strenger Auslegung eingehalten werden.

„Leuchtmarken" bei Röntgenaufnahmen. Die Durchleuchtung, ohne die die Verwendung der Röntgenstrahlen für die Medizin nur ein Spiel des Zufalls ist, hatte bisher noch zwei technische Mängel. Die ungestörte Wahrnehmung der Erscheinungen des Schirmbildes sowie die Deutung dieser Eindrücke wurde durch die Dunkelheit und den Lärm, die im Raume herrschen, erheblich beeinträchtigt. Der Lärm läßt sich vermeiden durch die Benutzung fast lautlos laufender Apparate oder durch Anbringung des lärmenden Apparateteils im Nebenraum. Die lästige Dunkelheit wird aber nun durch eine Verbesserung vermieden, über die Prof. Holzknecht und Dr. Jahoda in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" berichten. Alle Handwerkszeuge sowie alle zu beachtenden und zu vermeidenden Gegenstände werden mit Leuchtfarbblättchen beklebt. Diese „Leuchtmarken" bestehen aus einer neuen Phosphoreszenzfarbe, die sehr viel kräftiger nachleuchtet als alle früher bekannten Leuchtfarben, und man ist dadurch im Dunkeln so gut orientiert wie im hellen Raum, kann also einerseits das Schirmbild gut sehen, für das Dunkelheit notwendig ist, und andererseits auch alle wichtigen Gegenstände genau erkennen.

Die Nachtblindheit der Grubenarbeiter. Vor einigen Tagen hat eine englische Regierungskommission einen Bericht über die Untersuchung der Ursachen von Nachtblindheit und Nystagmus, das heißt unwillkürliches Zucken des Augapfels, bei Grubenarbeitern veröffentlicht. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Ursache dieser Erscheinungen, auf die viele Unfälle in den Bergwerken zurückzuführen sind, in der unvollkommenen Beleuchtung der Haustellen unter Tage zu suchen ist. Auch bei den niederländischen Staatsgruben in Limburg sollen binnen kurzem Untersuchungen hinsichtlich der Nachtblindheit der Minenarbeiter vorgenommen werden, da hier die Vermutung besteht, daß die Krankheit noch mehr Unfälle verursacht als der Nystagmus.

Eine neue Erfindung für die Farbenindustrie. Nach englischen Zeitungsmeldungen wurde in dem Laboratorium des britischen Farbenfabrikverbandes eine Erfindung von außerordentlicher Bedeutung gemacht, durch die die Färbung eines Stoffes in zwei Farben mit ein und demselben Farbenbad ermöglicht wird. Der neu entdeckte Farbstoff Tonamian eigne sich, so heißt es, besonders für Färbung aller Arten von Seidenstoffen, während ein anderer Farbstoff, der sog. Primuline, der vor 35 Jahren erfunden wurde, sich in erster Linie zum Färben von Baumwollstoffen eigne. Wenn man diese beiden Farben zusammenschütte, dann könne man Baumwollstoffen, die Seidenfäden enthalten, in einem Farbbad beide Farben verleihen.

Harmonika-Konzerte geben zwei nordische Künstler, Hermann Gellin und Ernst Borgström, heute und am Sonntag im Beethovensaal. In Deutschland hat man bisher kaum Gelegenheit gehabt, Meister dieses Instruments zu hören.

Konzentration im Verlagswesen. Nachdem der alte Verlag von F. A. Perthes-Gotha bereits vor einiger Zeit mit der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart vereinigt worden war, ist nunmehr auch der Berliner Verlag von Schuster u. Loeffler in die Deutsche Verlagsanstalt übergegangen. Mit der Firma Schuster u. Loeffler erlischt ein bedeutender Berliner Verlag, der sich große Verdienste besonders um die musikwissenschaftliche Literatur erworben hat.

24stündiger Proteststreik der städtischen Arbeiter.

An die Gemeindearbeiter Berlins erläßt das Lohnkartell der Gemeindebetriebe folgenden Aufruf:

Die Obleutekonferenz der Gemeindebetriebe hat im Einvernehmen mit dem Tarifkartell, dem Zentralverband der Angestellten und dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission einmütig beschlossen, zum Protest gegen das gewaltsame Vorgehen der Schutzpolizei am 2. Mai vor dem Berliner Rathause in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten.

Der Streik beginnt am Morgen des 4. Mai bei Arbeitsbeginn und endet am 5. Mai morgens zur gleichen Zeit.

Die Versammlung der Obleute.

Am Mittwoch vormittag traten die Obleute der städtischen Arbeiter zusammen, um zu den Vorkommnissen beim Rathaus Stellung zu nehmen. Nach einer Ehrung der verletzten Demonstranten wurde zunächst gegen die Zulassung der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten Schmidt und Krüger protestiert, wegen deren Haltung beim letzten Streik (!), doch wurde sie dann zugestanden. Die Mitteilungen, daß die Straßenbahner von zwei Bahnhöfen in passive Resistenz getreten sind, beantwortete Polenske durch die Erklärung, daß Einzelaktionen verfehlt seien. Mit 100 gegen 96 Stimmen wurde beschlossen, daß die Arbeit wieder aufzunehmen ist. Die Zentrale Rummelsburg erklärte, daß sie trotzdem in passiver Resistenz verharre. Es stellten sich hierauf zwei Mitglieder vor, wovon der eine, Gensch, einen Stich in das Gesäß erhalten hatte, und der andere, Rockstroh, am Oberschenkel verwundet worden war.

Polenske berichtet hierauf, daß er dem Polizeipräsidenten versichert habe, die Ordner der Demonstration würden für die nötige Ordnung sorgen. Doch als die Demonstranten zum Rathaus kamen, war es bereits abgesperrt, so daß die Masse der Demonstranten sich staute. Die Schupo drängte die Demonstranten von den freien Plätzen auf den Fahrdamm, wodurch der Verkehr gestört wurde. Die Absperrung sei auf Verlangen des Oberbürgermeisters Böß, des Stadtverordnetenvorstehers Caspari und des Stadtrats Wege erfolgt. Bei der Maifeier habe man gesehen, daß ungleich größere Demonstrationen glatt verlaufen, wenn die Polizei fortbleibt. Die Absperrung des Rathauses sei überflüssig gewesen, da bei den Demonstranten keineswegs die Absicht bestand, das Rathaus zu betreten. Sie schuf unnütze Verbitterung und führte zu den bedauerlichen Vorgängen, an denen die Schupo durch ihr Verhalten die Schuld trägt. Wie bei allen derartigen Gelegenheiten hatten sich natürlich auch hier zweifelhafte Elemente mit eingefunden, die jedoch von den Demonstranten selber im Zaum gehalten worden wären. Den Demonstranten wurde bekanntgegeben, daß in 10 Minuten das Resultat der Verhandlungen mit dem Aeltestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung bekanntgegeben werde. Sie warteten, doch inzwischen ging die Schupo mit der blanken Waffe gegen sie vor. Dieser Provokation müsse die Organisation mit den schärfsten Kampfmitteln entgegentreten. Polenske macht den Vorschlag, zunächst

eine Abordnung zum Polizeipräsidenten

zu schicken und Rechenschaft über das Verhalten der Schupo zu fordern. Diesem Vorschlag wurde nach kurzer Debatte zugestimmt und dieser dahin erweitert, daß sich gleichzeitig eine Abordnung zur Berliner Gewerkschaftskommission begeben solle.

Schmidt vom ZdA. berichtete, daß bei der Demonstration ein Mann sich in auffälliger Weise bemerkbar machte. Bei näherem Zusehen habe man in ihm einen Spitzel erkannt, den die KPD. ausgeschlossen hat. Derartige Elemente konnten verschiedentlich entfernt werden. Nach weiterer Diskussion einigte man sich dahin, erst dann Beschlüsse zu fassen, nachdem die Abordnungen zurückgekommen sind und berichtet haben, worauf die Versammlung um 12 Uhr vertagt wurde.

Nach zweistündiger Pause konnte Polenske von der Unterredung mit dem Polizeipräsidenten Bericht geben. Man habe Auskunft gefordert über das Polizeiaufgebot, Beschwerde geführt über das Vorgehen der Urheber der Attacke gegen die Demonstranten und entsprechende Maßnahmen gegen sie verlangt. Polizeipräsident Richter habe sein Bedauern über das Vorgefallene ausgesprochen, das keineswegs in den Rahmen der mit den Gewerkschaften vereinbarten Richtlinien für Demonstrationen passe. In letzter Zeit seien

Veränderungen unter den Beamten

vorgenommen worden und die Qualifikation der neuen Herren zu solchen Aufgaben sei noch nicht festgestellt worden. Er selber ist vom Spittelmarkt aus mit einem Zuge mitmarschiert und hat beobachtet, daß die Demonstration einwandfrei vor sich ging. Als er aber nach dem Rathaus kam, habe er angesichts des großen Aufgebots an Beamten gleich befürchtet, daß es zu Differenzen kommen könne. Er hat auch keine Anweisung zu dem Polizeiaufgebot gegeben. Die Untersuchung über das Vorgehen sei im Gange und die Schuldigen würden zur Rechenschaft gezogen.

Sabath erklärte, daß sowohl der Polizeipräsident wie der Oberregierungsrat Weiß das Verlangen, vor dem Rathaus eine Bannmeile zu ziehen, abgelehnt und zugesagt haben, daß keine Polizei zugezogen werde. Die Arbeiterschaft hat ein Recht zur Demonstration. Der gestrige Schlag sei gegen die gesamte Arbeiterschaft geführt. Wir müssen Garantien dafür bekommen, daß Derartiges nicht wieder vorkommt. Nach weiterer Aussprache wurde beschlossen, in einen

24stündigen Proteststreik

einzutreten! Sabath erklärte namens der Berliner Gewerkschaftskommission, daß sie diesen Proteststreik billige und ihm sympathisch gegenüberstehe. Lagodzinski teilte mit, daß der Streik am Donnerstag früh beginnt und Freitag früh endet. **Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Wasserröhren bleiben unter Druck und die Volksküchen bleiben in Betrieb.**

Einigung im Bankgewerbe.

Die gestern im Reichsarbeitsministerium fortgesetzten Nachverhandlungen über den Schiedsspruch vom 9. April haben zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Bankgewerbes geführt. Der Reichsverband der Bankleitungen hat in der Frage der Arbeitszeit insofern nachgegeben, als die im Schiedsspruch ursprünglich vorgesehene Verpflichtung der Bankangestellten zur Leistung von Ueberstunden fallen gelassen worden ist und in dieser Frage die bisherige tarifliche Regelung bestehen bleibt. In finanzieller Hinsicht hat die gestrige Vereinbarung zwar nicht alle Forderungen der Arbeitnehmer erfüllt, die für den Monat Mai die Auszahlung von Wirtschaftsbeihilfen verlangt hatten. Immerhin bringt sie eine Verbesserung der im Schiedsspruch für April vorgesehenen Gehaltssätze um insgesamt 20 Proz. für die Monate April und Mai mit der Maßgabe, daß 10 Proz. bis zum 15. Mai in Verbindung mit der fälligen Abschlußgratifikation für das Jahr 1921, die restlichen 10 Proz. bis Ende Mai ausgezahlt werden müssen. Bis spätestens 10. Juni müssen ferner die neuen Verhandlungen über die Junibezüge beginnen.

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten hatte ursprünglich die Auszahlung der 20prozentigen Aufbesserung der Bezüge bis Mitte Mai verlangt, was jedoch von Arbeitgeberseite mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Bankangestellten endlich wieder einmal in einen regelrechten Turnus von Gehaltszahlungen gebracht werden müßten. Er hat diese Neuregelung der Tarife nur deshalb angenommen, weil die finanziellen Bestimmungen bereits am 30. Mai ablaufen. Zwischen dem Allgemeinen Verband und dem Reichsverband der Bankangestellten, der sich von ersterem vor einiger Zeit abgesondert hat, schweben Verhandlungen, die voraussichtlich gelegentlich der Feier des 10jährigen Bestehens des Allgemeinen Verbandes im August zu einer Wiedervereinigung der beiden Organisationen führen dürften.

Eine Abstimmung über die gestern getroffene Vereinbarung erübrigt sich, nachdem beide Parteien durch ihre bevollmächtigten Vertreter die Annahme der Neuregelung offiziell erklärt haben. Damit ist der Friede im deutschen Bankgewerbe bis auf weiteres wieder hergestellt.

Das Memorandum für Rußland.

Das Memorandum der Alliierten an Rußland liegt nunmehr im Wortlaut vor. Es ist nach Inhalt und Form noch wesentlich schärfer, als man annehmen konnte. Rußland soll sich nicht nur verpflichten, sich jeder Umsturzpropaganda in den anderen Staaten zu enthalten, es soll auch bei der Wiederherstellung des Friedens in Kleinasien mitwirken und sich den Kriegführenden gegenüber neutral verhalten. Es soll sämtliche Schulden und öffentlichen Verpflichtungen Rußlands, ganz gleich von welcher jeweiligen Regierung oder Institution sie ausgehe, anerkennen. Die Gläubigermächte verzichten für den Augenblick lediglich auf Amortisation und Zinsendienst der Kriegsschulden. Die Alliierten ihrerseits erkennen die Verantwortlichkeit für gegenrevolutionäre Schäden der Sowjetregierung nicht an. **Alle finanziellen Forderungen anderer Regierungen der Sowjetregierung gegenüber oder der Sowjetregierung gegenüber den anderen Regierungen werden unter Vorbehalt aller Einzelabkommen, die abgeschlossen sein könnten, aufgeschoben, bis die Kriegsschuldenfrage gelöst ist.** Der Zinsendienst und die Zahlung der Verpflichtungen den Vertretern von Titeln und Obligationen gegenüber, die von der Sowjetregierung oder ihrer Vorgänger preisgeben oder garantiert werden, **wird wieder aufgenommen.** Im Zweifelsfall entscheidet ein Schiedsgericht. **Diese Bestimmung findet auf die Gesamtheit der ausländischen Vertreter ohne Unterschied der Nationalität** Anwendung. Hinsichtlich des

Privateigentums

anerkennt die russische Regierung ihre Verpflichtung, „alle ausländischen Interessen an Verlusten oder Schäden, bewirkt durch die Tatsache der Konfiszierung oder den Sequesters von Eigentum zurückzugeben, wieder herzustellen oder, im Falle das nicht geschieht, zu entschädigen. Im Falle, wo der vorherige Besitzer nicht in den Besitz derselben Rechte gesetzt werden kann, die er vorher besaß, wird die Russische Sowjetregierung eine Ersatzleistung bieten müssen. Wo die russische Sowjetregierung das Eigentum selbst nicht zurückgeben kann, wird sie nicht das Recht haben, es später anderen Konzessionären zu übertragen. Wenn die Russische Sowjetregierung später die Absicht hat, zu einem solchen Uebertrag zu schreiten, wird den vorherigen Besitzern ein Vorzugsrecht eingeräumt werden müssen.

Der Ausdruck „vorheriger oder alter Besitzer" schließt diejenigen russischen Handels- und Industriegesellschaften ein, die am Zeitpunkt der Nationalisierung von ausländischen Staatsangehörigen kontrolliert (geleitet) wurden, oder in welchen am gleichen Zeitpunkt die Genannten verhältnismäßig wichtige Interessen (Aktien oder Obligationen) innehatten, und dies in dem Falle, wo die Mehrheit der ausländischen Interessenten es verlangt. Dieser Ausdruck umfaßt gleichfalls die Ausländer, die ein Recht auf ein Eigentum haben, das nominell einem russischen Untertanen zusteht.

Bezüglich des Rechtes der Ausländer in Sowjetrußland

heißt es: Es werden Maßnahmen ergriffen werden von der russischen Sowjetregierung, um den ausländischen Untertanen zu ermöglichen, ihre Forderungen gegen Privatpersonen in Rußland geltend zu machen. Wenn die Zahlung dieser Summen durch das Vorgehen oder die Vernachlässigung der russischen Sowjetregierung unmöglich gemacht werden sollte, wird die Zahlungsverpflichtung dieser Regierung obliegen.

Es werden für jedes Land gemischte Schiedsgerichtshöfe errichtet werden, um bezüglich der Ersatzleistungen zu entscheiden, die in Erfüllung der gegenwärtigen Artikel zu gewähren sind.

Für die möglichst schleunige Wiederinbetriebsetzung der Unternehmungen, welche es auch sein mögen, die ausländischen Untertanen vor den Ereignissen des Jahres 1917 gehörten, und für die Errichtung neuer Unternehmungen, die von großer Hilfe für die schnelle Wiederherstellung Rußlands sind, verpflichtet sich die russische Sowjetregierung, alle die Maßnahmen zu ergreifen, um den unverzüglichen Schutz der Personen, des Eigentums und der Arbeit der ausländischen Untertanen zu sichern. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung des Rechts in Rußland in Gemäßheit der Bestimmungen des Artikels VIII des Berichts der Sachverständigen von London organisiert werden, und die Aufenthaltsbedingungen der ausländischen Untertanen, und die Bedingungen für deren Handel in Rußland werden nach Maßgabe der in den Artikeln 9 bis 17 genannten Berichte festgesetzt werden.

Weiter soll sich die russische Regierung verpflichten, der rumänischen Regierung die in Moskau von derselben deponierten Werte zurückzugeben.

Wie es heißt, wird die russische Delegation das Memorandum ablehnen.

Frankreich gegen das Memorandum.

Paris, 3. Mai. (WTB.) Kurz nach 3 Uhr verbreitete die Agence Havas folgende offizielle Mitteilung: Der Ministerrat ist um 2½ Uhr nachmittags im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Im Namen sämtlicher Mitglieder dankte Ministerpräsident Poincaré Barthou für das Talent und die Autorität, die er in Genua entfaltet habe, um die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und gleichzeitig die französischen Interessen zu verteidigen. Der Kabinettsrat nahm von den aus Genua und Brüssel eingetroffenen Nachrichten Kenntnis. Nach Prüfung der Meldungen hat die Regierung einstimmig beschlossen, daß Frankreich sich nicht von Belgien trennen würde. Barthou wird Freitag vormittag nach Genua zurückreisen.

Riesenaussperrung in England.

London, 3. Mai. (WTB.) Die Blätter melden, daß heute die Aussperrung der Mitglieder der 47 Maschinenarbeiterverbände außerhalb des Vereinigten Maschinenarbeiterbundes beginnt und daß damit die Zahl der Erwerbslosen um 800 000 Mann vermehrt wird.

Der freie Durchgangsverkehr mit Ostpreußen durch polnisches und Danziger Gebiet ist jetzt durch Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem betr. Staatsvertrag rechtlich gesichert.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaftsschädlinge.

Ein Nachwort zum Textilarbeiterkampf in Südbayern.

Der Kampf in der südbayerischen Textilindustrie um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche hat mit einem vollen Erfolg für die Arbeiterschaft geendet. Der Vorbehalt, der im Interesse einer Einigung vom Sozialministerium gemacht wurde, die Arbeitszeitfrage durch den Sozialausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie zu regeln, ist praktisch bedeutungslos, da sich hier beide Gruppen in dieser Frage scharf gegenüberstehen.

Das Augsburger Kommunistenblatt hatte nach der üblichen Methode schon während des Kampfes fortgesetzt die Taktik des Textilarbeiterverbandes heruntergerissen, um zwischen den Mitgliedern und ihren Führern im Kampfe Mißtrauen zu säen. Die kommunistischen Strategen suchten unausgesetzt den Textilarbeitern einzureden, daß ihre Bewegung mit der der Metallarbeiter verbunden werden müsse. Weil dieser Parole die Leitung der Organisation nicht folgte, wurde sie dafür des „Verrats" an der Textilarbeiterschaft bezichtigt.

Der Ausgang des Kampfes paßte den Kommunisten erst recht nicht in den Kram. Die Aufforderungen an die Textilarbeiter am 23. und 24. April, die Arbeit wieder aufzunehmen, nützten die Kommunisten zur Quertreiberei schlimmster Art aus. Sie beriefen Versammlungen der Arbeiter ein, um die Arbeiter aufzufordern, sich dem „Verrat der Führer" entgegenzustellen und die „Fortführung des Kampfes" zu fordern. Die Kommunisten richteten besondere Streikbureaus ein.

Das kommunistische Treiben hatte leider den zweifelhaften Erfolg, daß die Arbeiter zum größten Teil nicht den Weisungen ihrer Organisationsleitung, sondern der Parole der Kommunisten folgten, deren Organ in Augsburg am 26. April an der Spitze triumphierend verkünden konnte:

„Der Verrat der Gewerkschaftsbureaukraten des Textilarbeiterverbandes abgewehrt." An anderer Stelle schreibt es: **„Textilarbeiter Bayerns! Eure Verbandsführer haben sich jetzt in ihrer ganzen Jämmerlichkeit gezeigt. Folgt ihrem verräterischen Rufe nicht, sondern wehrt Euch einmütig gegen die Wiederaufnahme der Arbeit,** solange bis es einwandfrei feststeht, daß der Kampf zu Euren Gunsten und zugunsten der gesamten bayerischen Arbeiterschaft abgeschlossen ist."

Der Wortführer der Kommunisten war der im Jahre 1919 besonders „berühmt" gewordene Abgeordnete Wendelin Thomas. Wenn dieser Held von dem Unternehmer dafür bezahlt wäre, die Einigung zu hintertreiben, die Kämpfenden mürbe zu machen, bis sie sich der Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden nicht mehr erwehren konnten, dann konnte er unmöglich besser und eifriger operieren.

Schließlich sah selbst ein Teil der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder die Sinnlosigkeit des kommunistischen Treibens ein, das zur schwersten Schädigung der Arbeiterschaft führen mußte. Am vorigen Donnerstag nahm die Arbeiterschaft die Arbeit geschlossen wieder auf.

In der Zerreißung der Gewerkschaften erblicken die kommunistischen Agitatoren ihre vornehmste Aufgabe. Durch ihre unausgesetzte Quertreiberei besorgen sie prompt die Geschäfte des Unternehmertums. Wer da glaubt, daß mit einer solchen Partei, wie die Kommunisten, die Einheitsfront des Proletariats hergestellt werden kann, der befindet sich in einem gründlichen Irrtum.

Organisation der Beamten.

Der ADGB. und der Afa-Bund haben an ihre Ortsausschüsse und Ortskartelle die Mitteilung gerichtet, daß die Beamten organisierenden freigewerkschaftlichen Verbände zu einer Beamtenzentrale zusammengeschlossen sind. Es kommen dabei folgende Organisationen in Frage:

Vom ADGB.: Deutscher Eisenbahnerverband, Deutscher Transportarbeiterverband, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Deutscher Musikerverband;

vom Afa-Bund: Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Zentralverband der Angestellten.

Die zentrale Zusammenarbeit dieser Verbände soll nunmehr auch örtlich geschehen, wozu den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des Afa-Bundes empfohlen wird, die örtlichen Gruppen der vorgenannten Verbände zu gemeinsamer örtlicher Arbeit im Sinne der Satzungen der Beamtenzentrale zusammenzufassen. Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe der Beamtenzentrale ist, die etwa vorhandenen Beziehungen zu Ortskartellen oder Verbänden des Deutschen Beamtenbundes zu lösen. Der Beamtenzentrale soll jedoch über das Verhältnis zu dem DBB. und seinen einzelnen Verbänden eingehend Bericht erstattet und sie über alle Vorgänge auf dem laufenden gehalten werden.

Der Landarbeiterstreik in Deutsch-Krone beigelegt.

Den Bemühungen der verschiedenen Regierungsstellen ist es gelungen, die angebahnten Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Am Dienstag sollte ein vom Reichsarbeitsministerium einberufenes Schiedsgericht tagen. Als Arbeitgebervertreter sollten zwei Arbeitgeber fungieren, die nicht Besitzer bestreikter Betriebe sind. Die Arbeitgeber ersuchten um Vertagung, da sie nicht rechtzeitig solche Arbeitgeber heranziehen könnten. Dem Vertagungsantrage wurde stattgegeben. Das Schiedsgericht tritt nunmehr am Freitag zusammen. In der Zwischenzeit haben unverbindliche Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die bereits abgeschlossenen Tarife die Verhandlungsbasis des Schiedsgerichts bilden. Sollten noch Differenzpunkte verbleiben, die nicht der Kompetenz des Schiedsgerichts unterliegen, so sind sie von einem Sonderschlichtungsausschuß zu regeln. Damit ist ein Tarif, der das prinzipielle Ziel des Kampfes bildete, abgeschlossen. Die Streikenden beschlossen einmütig die Arbeitsaufnahme.

Zum Berliner Metalltarif für Angestellte.

Das Reichsarbeitsministerium hatte am 26. April die am Angestelltentarif der Metallindustrie beteiligten Spitzenorganisationen zu einer Besprechung eingeladen, um eine Klärung der Streitfrage, die bisher der Aufnahme der Verhandlungen über den Neuabschluß eines Manteltarifes hindernd im Wege stand, herbeizuführen. Schwierigkeiten waren dadurch entstanden, daß der bisher am Tarifvertrag beteiligt gewesene GdA. für die Zukunft als „Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften" (Gedag) unter Einbeziehung seiner technischen Unterorganisationen (Verband deutscher Techniker, Deutscher Werkmeisterbund und Bund angestellter Chemiker und Ingenieure) Vertragskontrahent sein wollte.

Der AfA-Bund hatte diese Erweiterung des Vertragskontrahentenkreises auf Arbeitnehmerseite mit der Begründung abgelehnt, daß die Mitgliederzahlen in den aufgeführten technischen Organisationen des Gedag so gering seien, daß sie nicht als vertragsfähig angesprochen werden könnten. Der Verband Berliner Metallindustrieller beschränkte sich darauf, in einer Erklärung festzulegen, daß er mit allen in Betracht kommenden Spitzenorganisationen den Tarif abschließen wolle, wobei es ihm gleichgültig sei, welche Unterorganisationen der einzelnen Spitzenverbände dabei erfaßt würden. In der eingangs erwähnten Besprechung erklärte der Vertreter des Herrn Reichsarbeitsministers, daß von einer Entscheidung durch das Reichsarbeitsministerium Abstand genommen werden müsse, weil es sich um eine Streitigkeit zwischen den Angestelltenorganisationen handele, so daß lediglich eine Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministeriums in Betracht käme. Jedenfalls sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Reichsarbeitsministerium eine Entscheidung, wie vom AfA-Bund beantragt, ablehnen würde. Der AfA-Bund versuchte eine Einigung, doch stellte sich dabei heraus, daß die Bedingungen, die der Gedag an eine Einigung knüpfte, für den Afa-Bund unannehmbar waren. Der Gedag will außer seinen Vertretern bei den eigentlichen Tarifverhandlungen auch die etwa notwendig werdenden Unterkommissionen, so auch die Mantelkommission für Techniker und Werkmeister mit Vertretern einer technischen Unterorganisation beschicken.

Einen so weitgehenden Einfluß können die Vertreter der technischen Verbände des AfA-Bundes dem Gedag unmöglich einräumen. Den 19 000 im AfA-Bund organisierten Werkmeistern und Technikern stehen im allergünstigsten Falle einige wenige Hundert im Gedag Organisierter gegenüber. Einem solchen Verhältnis muß nach Auffassung des AfA-Bundes Rechnung getragen werden, da es einfach unmöglich wäre, den Vertretern des AfA-Bundes, die sich auf eine so große Zahl von Mitgliedern stützen können, nur den gleichen Einfluß auf die Gestaltung des Tarifinhaltes zuzubilligen wie der verschwindenden Minderheit der im Gedag organisierten Techniker und Werkmeister.

Die einzelnen Organisationen des AfA-Bundes werden zunächst in getrennten Funktionärversammlungen zum Teil noch in dieser Woche zu der durch diese Vorgänge geschaffenen Situation Stellung nehmen und ihre weiteren Maßnahmen von dem Willen ihrer Mitgliedschaften abhängig machen.

Neue Löhne für die Zimmerer.

Eine Zahlstellenversammlung in den Musikersälen nahm Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber, das bei den letzten Lohnverhandlungen am 25. April gemacht wurde. Der Lohn für Zimmerer, Maurer usw. betrug bis zum 30. April 21 M. pro Stunde. Gefordert wurden 30 M. Die Arbeitgeber machten nach mehrstündigem Verhandeln ein letztes Angebot von 26 M. pro Stunde für Gelernte und von 25 M. für Ungelernte ab 1. Mai. Nach lebhafter Aussprache wurde, um nicht erst das Bezirkslohnamt anzurufen, zu dem die Arbeitnehmer jedes Vertrauen verloren haben, das Angebot der Arbeitgeber gegen eine starke Minderheit angenommen. Demnach beträgt der Stundenlohn ab 1. Mai für Zimmerer, Maurer usw. 26 M. und für Bauhilfsarbeiter 25 M.

Eine zugunsten Sowjetrußlands vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

•

Die erste Lehrlingsversammlung der Zahlstelle war zum 26. April einberufen und über Erwarten gut besucht. Der Vorsitzende Repschläger begrüßte die jungen Kameraden, worauf der Leiter Preuß die Versammelten ermahnte, an allen Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Partei teilzunehmen, um ihr Wissen zu bereichern. In verständlicher Weise schilderte dann Großmann das Entstehen und Werden der Zimmererbewegung bis zur Gegenwart. Verschiedene Lehrlinge trugen hierauf ihre Beschwerden vor. Dabei stellte sich heraus, daß viele Meister sich an die festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht kehren, insbesondere sich weigern, die Schulstunden der Fortbildungsschule zu bezahlen. Eine Firma zahlt den Lehrlingen für Feiertage nur Stundenlohn und für Ueberstunden nur Tagelohn. Vielfach wird von den Lehrlingen verlangt, sich eigenes Werkzeug zu halten, wofür die Kosten für die Eltern unerschwinglich sind. Den Beschwerden wird der Vorstand nachgehen und sie, soweit es irgend möglich ist, schnellstens erledigen.

In seinem Schlußwort ermahnte der Vorsitzende die jungen Kameraden, ihren ganzen Stolz darin zu erblicken, der Organisation die Treue zu bewahren.

Zum Streik in der Blumen- und Federnbranche.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche stehen seit dem 1. Mai wegen Lohnforderungen im Streik. Wir fordern die kaufmännischen Angestellten auf, keinerlei Streikarbeit zu verrichten. Es sind nur die Arbeiten zu leisten, welche bisher von den kaufmännischen Angestellten verrichtet wurden. Uebt strengste Solidarität, fallt den Streikenden nicht in den Rücken!

Zentralverband der Angestellten. Sektion Putz und Mode.

Lohnsätze für das Schwer- und Leichtfuhrgewerbe.

In einer am 2. Mai nach den „Andreas-Festsälen" für die Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher Groß-Berlins einberufenen Branchenversammlung berichtete Sydow über die mit den Arbeitgebern gepflogene Lohnverhandlung, nach der Zulagen von 70 bis 144 M. pro Woche für den Monat Mai gewährt werden.

Eine sehr lebhaft geführte Diskussion brachte zum Ausdruck, daß das Angebot der Arbeitgeber als Ausgleich für die bestehende Teuerung zu gering zu erachten wäre, andererseits stimmte man diesem neuen Lohnabkommen gegen eine starke Minorität dennoch zu, mit Rücksicht auf die bevorstehenden schweren Kämpfe, so daß dasselbe vom 1. bis zum 31. Mai Geltung hat.

Die neuen Lohnsätze sind im Gewerkschaftshaus Aufgang B Zimmer 8 gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Glaser. Donnerstag 7 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in der Königsbank, Große Frankfurter Str. 117. Bericht der Tarifkommission.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Allgemeine Funktionärversammlung Freitag 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engelufer 24/25. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen ist, pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen.

Branchenversammlungen. Holzbetriebe: Freitag, den 19. Mai, 7 Uhr, bei Wilhelm Schulz, Berlin, Elisabethstr. 30. Brauereien: Freitag, den 19. Mai, 5 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30. Elektrizität: Freitag, den 19. Mai, 7 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97. Chemie: Freitag, den 19. Mai, 5 Uhr, im Lokal von Aug. Beier, Berlin-Lichtenberg, Hauptstr. 90. — Die Ortsverwaltung.

Bezirksversammlungen. Neukölln: Mittwoch, den 24. Mai, 7 Uhr, bei Kassun, Erkstr. 8. Wedding: Donnerstag, den 18. Mai, 7 Uhr, Liesenstr. 12. Schöneberg: Vorstadt: Mittwoch, den 24. Mai, 7 Uhr, bei Schönrock, Danziger Str. 58. Bernau: Freitag, den 26. Mai, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Inhaber Grunewald, Chausseestraße. Oranienburg: Sonnabend, den 27. Mai, 6½ Uhr, bei Pilschel, Restaurant „Zum grünen Kurfürst", Königsallee, Ecke Kurfürstenstraße. Spandau: Sonnabend, den 27. Mai, 7 Uhr, bei Windt, Pichelsdorfer Str. 5. Steglitz: Sonnabend, den 27. Mai, 7 Uhr, bei Clement, Düppelstr. 7. Köpenick: Sonnabend, den 27. Mai, 7 Uhr, bei Stippekohl, Schönlinder Str. 5. Teltow: Sonnabend, den 27. Mai, 8 Uhr, bei Prater, Lichterfelde-Ost, Bismarckplatz. Moabit: Sonnabend, den 27. Mai, 7 Uhr, bei Karl Görig, Lessingstr. 19b. Lichtenberg: Sonnabend, den 20. Mai, 7 Uhr, bei Wirliger, Gürtelstr. 58. Schöneberg: Sonnabend, den 20. Mai, 7 Uhr, bei Kopanke, Eisenacher Str. 63. Gesundbrunnen: Mittwoch, den 17. Mai, 7½ Uhr, bei Dahling, Brunnenstr. 79. Charlottenburg: Donnerstag, den 18. Mai, 7 Uhr, bei Werner, Wallstr. 96.

Deutscher Transportarbeiterverband. Textilbranche. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen: Freitag ½6 Uhr in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32, Branchenversammlung. — Gruppe C, Mineralöle und -seife: Donnerstag 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 3, Gruppenvollversammlung. Bericht über die Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und Beschlußfassung.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Weißensee. Freitag 7½ Uhr Monatsversammlung und Vortrag über Baufragen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Rühle, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Frimmelt".

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Extra-Angebot für Lebensmittel

Leipzigerstr. Frisches Fleisch Alexanderpl.

Kalbsrücken	Pfund	20.00
Kalbskeulen	Pfund	22.00
Schweineschinken	u. Blatt Pfund	32.00
Schweinerücken	Pfund	34.00
Schmorfleisch	ohne Knochen Pfund	40.00
Hammelrücken	gefroren Pfund	24.00
Prima Rindfleisch	oh. Knochen gefroren Pfd.	36.00
Schweinenieren	gefroren Pfund	12.00

Grosse Speise-Kartoffeln	Pfd.	2.60
Rhabarber	Pfund	3.45
Frischer Spinat	Pfd.	4.60
Sprotten	Pfund	12.50
Leber- u. Blutwurst in Dosen, ausgewogen, Pfd.		14.00
Gefr. Kaninchen	Pfd.	11.50
Edamer Käse	Pfund	34.00
Weizenmehl	Pfund	8.75
Tafelreis	Pfund	9.50
Backobst	Pfund	12.50
Kaffee-Ersatz-Mischung 10% Bohnen	Pfund	15.00
Frische Eier	Stück	3.45
Pflaumenmus gesüsst	Pfund	7.50
Til.-Margarine	Pfd.	29.50

HERMANN TIETZ

Baugenossenschaft „Bürgerwalde" i. Mark
E. G. m. b. H. Berlin
Einladung
zur Generalversammlung
am Donnerstag, den 11. Mai 1922, abends 6 Uhr, in der Aula der 87. Gemeindeschule, Tilsiter Str. 4.
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls vom 28. November 1921.
2. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates.
3. Bekanntgabe und Genehmigung der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung für 1921 und Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Satzungsänderungen.
6. Neuwahl für Aufsichtsratsmitglieder.
7. Arbeitsgemeinschaft.
8. Verschiedenes.
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1921 liegt bis zum 11. Mai in unserem Geschäftszimmer, Elsasser Straße 1, aus und wird in den nächsten Tagen im „Vorwärts" veröffentlicht.
Nach § 23 unserer Statuten sind nur die eingeschriebenen Mitglieder, nicht aber deren Ehefrauen stimmberechtigt. Die Genossen werden gebeten, die Mitgliedsbücher zur Legitimation mitzubringen. Bevollmächtigte Vertreter haben eine schriftliche Vollmacht am Vorstandstisch abzugeben.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir die Genossen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen und zeichnen
mit genossenschaftlichem Gruß
Baugenossenschaft Bürgerwalde i. Mark, E. G. m. b. H.,
Berlin N 24, Elsasser Str. 1 II.
W. Wahl. W. Braune.

Kreuzfüchse 500 M.
Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber-, Weißfüchse, Luchse, Wölfe, enorm billig! Damen-Pelzmäntel 3500, Sportpelze 1500, Gehpelze 2000 M. Ferner Cutaways, Paletots, Schlüpfer jetzt 950 M. an. (Keine Lombardwaren),
Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

Durch Groß-Berlin.

Das Landgebiet des Nordostens. — Der 18. Bezirk Weißensee.

V.*)

„Wer die Reichshauptstadt über die Stelle des ehemaligen Königstores nach Nordosten zu verläßt, und alsbald ländliche Stille oder dörfliche Ruhe zu finden hofft, irrt sich. Unaufhörlich geht der Wagenverkehr auf und nieder. Zu gewisser Zeit, und namentlich nach Schluß der Werkstätten sind die Fußwege von Menschen übersät. Man pilgert weiter, um das Ende dieses Treibens festzustellen. Und da zeigt sich denn den Blicken von übersichtlicher Ferne das „Dorf" Weißensee mit seinem Häusermeer und vielen Einwohnern." So schrieb vor etwa 15 Jahren der Weißenseer Chronist Alexander Giertz und so ist es eigentlich auch bis auf den heutigen Tag geblieben, nur daß der Verkehr noch stärker ist als damals. Der Wagenverkehr ist Durchgangsverkehr zu dem Weißenseer Industrieviertel. Weißensee ist auch kein selbständiges Dorf mehr, sondern bildet mit den ehemals selbständigen Gemeinden Hohenschönhausen, Malchow, Wartenberg und Falkenberg nebst den drei Gutsbezirken gleichen Namens den 18. Berliner Verwaltungsbezirk und ist zugleich Sitz der Bezirksverwaltung. Der Bezirk hat außer Zehlendorf die geringste Einwohnerzahl aller Groß-Berliner Bezirke. Davon entfielen allein auf Weißensee rund 47 000.

„Munizipalviertel".

Betritt man die ehemals selbständige Gemeinde Weißensee, so gelangt man sogleich zum Antonplatz, von dem man die Gablerstraße entlangblickend auf einer sanften Anhöhe die imposante 1902 in märkischer Gotik mit Granitquadernunterbau errichtete evangelische Bethanienkirche erblickt, die, da sie in der Achse mehrerer sich bei ihr kreuzender Straßen liegt, das Ortsbild beherrscht. Einige Schritte weiter gelangt man zu der nur von der Gemeinde mit Wohnhäusern in einheitlichem Stil bebauten Tassostraße und damit in den Bereich eines kommunalen Unternehmens, das in Groß-Berlin einzig ist. Der Bezirk hat von der Gemeinde 56 eigene bebaute Grundstücke und 22 Häuser übernommen, an denen er den Nießbrauch hat. Hinter der Tasso-, jenseits der Charlottenburger und Pistoriusstraße, aber gelangt man in das eigentliche kommunale, unter diesem Namen weit bekannt gewordene Weißenseer Munizipalviertel, dessen große Bedeutung darin besteht, daß der Architekt und ehemalige Gemeindebaumeister Bühring die Möglichkeit gehabt hat, eine Anzahl wichtiger kommunaler Gebäude aus einheitlichem Bauwillen in Stil und Gruppierung so hinzustellen, daß man daraus das Werden eines neuen im besten Sinne modernen Gemeinwesens spürt. So hat Bühring den Weißenseern außer einer ganzen Reihe von Wohnhäusern folgende Bauten erstellt: Gemeindeturn- und Festhalle mit vollkommener Bühne, Fechtsaal, einem kleinen Bad, Kegelbahnen und Restaurant. Zur Rechten das schöne Ledigenheim mit Platz für 60 Insassen. Daran schließt sich an der Woelckpromenade eine Häusergruppe und leitet den Blick zu der den Hintergrund abschließenden langgestreckten Oberrealschule. In der Mitte aller dieser Gebäude liegt der hübsche Schwanenteich. Im Rücken des Beschauers befindet sich das interessant gestaltete Kanalisationswerk mit Maschinenhaus, dessen Schornstein der Architekt in höchst geschickter Weise zu verbergen verstanden hat. Alle Gebäude hat Bühring in dem viele Jahre verpönten niederdeutschen Backstein ausgeführt. Ferner ist da das gleichfalls von Bühring erbaute Weißenseer Säuglingskrankenhaus mit Poliklinik, Beratungsstelle und mit Ausbildungsanstalt für Schwestern, das Platz für etwa 70 Säuglinge hat. Das Heim hat 33 eigene Kühe, eigene Viehwirtschaft und ist mit 200 Morgen Land ausgestattet. Unmittelbar in seiner Nähe, aber auch in der Nähe einer noch reinen Natur, soll ein großer Volks- und Jugendspiel- und Sportplatz nebst einer Rodelbahn erstehen. Selbst an ein Freibad an einem bis heute heimlich im Wald verborgenen, kaum bekannten See wird gedacht. Außerdem besitzt Weißensee in dem Auguste-Victoria-Krankenhaus, das ehemals dem Vaterländischen Frauenverein gehörte, ein eigenes Krankenhaus. Unweit des Säuglingskrankenhauses liegt die

neue Siedlung,

die eine Anzahl schlichter und solide gebauter Häuser aufweist, während sich in Hohenschönhausen gleichfalls eine Siedlung mit Holz(Rot)häusern des Wohnungsverbandes befindet, deren Unzulänglichkeit für unser rauhes kaltes Klima sich leider erwiesen hat. Weit besser haben sich sieben Kriegs-Lazarettbaracken erwiesen, von denen man sechs umgebaut und damit 24 Notwohnungen geschaffen hat. Im Norden liegt das Industrieviertel mit den bekannten May-Filmwerken.

Im Umkreis des Weißensees.

Verfolgt man die genannte Walk-Promenade, so kommt man an zwei neuen Verwaltungs- und Wohnhäusern vorbei zu dem eigentlichen Juwel des Ortes, nach dem er auch den Namen hat, dem Weißensee. Einstmals war der See mit einem hohen Zaun versehen und dem Publikum verschlossen. Die Gemeinde erwarb den See für 3 Millionen Mark mit den angrenzenden Geländen und legte sofort rings um ihn eine öffentliche Promenade mit Parkanlagen an, die heute zu den schönsten im Nordosten Berlins gehören. Das ehemalige Schloß Weißensee, einstmals als Sternecker in der Geschichte des fröhlichen Berlin berühmt und in der Berliner Arbeiter-

schaft bekannt durch die Sommerfeste des V. Wahlbezirks, ist während des Krieges abgebrannt, soll aber wieder erstehen, und zwar als Mittelpunkt eines riesigen Volkserholungs- und Vergnügungsparkes etwa im Stil des Kopenhagener Tivoli. Die Gemeinde verfügt auch über eine neue und moderne Seebade- und Schwimmanstalt, die jetzt verpachtet ist. Der Pächter muß täglich 70, während der ganzen Saison 12 000 Bäder an unbemittelte Kinder abgeben. Eine Anzahl breiter und schöner Straßen, die teilweise noch der Anlage harren — übrigens gibt es in Weißensee keine Straße, die ohne Bäume wäre —, leiten nach Hohenschönhausen mit dem Oranke- und Oberensee hinüber. Auch diese beiden Seen sind Naturschönheiten. An den Oberensee liegt ein reizvoller Gemeindepark, dessen 300 verschiedene ausländische Gehölz- und Pflanzenarten auch sehr gut zu Lehrzwecken für die Schuljugend benutzt werden können. Das eigentliche Dorf Hohenschönhausen mutet noch ganz dörflich an, und wenn man hindurch ist, merkt man, daß die Großstadt hier wirklich ein Ende hat. Gen Norden und Nordosten breitet sich weites Land aus, das aber zum Teil als Berliner Rieselfelder in der Malchower, Wartenberger und Falkenberger Gemarkung natürlich in Groß-Berlin einbezogen werden mußte.

Das Besondere.

Schließlich aber weist Weißensee noch vier Besonderheiten auf, die bemerkenswert sind. Die erste ist der alle vierzehn Tage auf einem riesigen etwa 44 000 Quadratmeter großen Platz stattfindende Pferdemarkt, zu dem durchschnittlich 2000 Pferde aufgetrieben und 500 Wagen zum Verkauf geboten werden. Die zweite ist die große Anzahl „Landbrotbäckereien", die Berlin mit einem wohlschmeckenden Brot versehen. Um diese Betriebe mit Mehl zu beliefern, muß der Bezirk bei Hohenschönhausen ein Mehllager von unausgesetzt 9000 Sack gleich 18 000 Zentner gleich 1 800 000 Pfund Mehl unterhalten. Die dritte Eigenart ist der mächtige 1880 angelegte und 133 Morgen große Friedhof der Berliner jüdischen Gemeinde. Außerdem gibt es noch einen kleinen Friedhof der streng orthodoxen jüdischen Gemeinde Adas Jisroel, die allen Pomp und Prunk am Grabe verschmäht. Jeder Tote hat einen ganz schlichten Stein und jeder Besucher legt statt eines Kranzes oder einer Blume einen Kieselstein auf den Hügel. Hier also auf diesem kleinen abgelegenen Friedhof ist eine der seltenen Stätten, an denen sich die lärmdurchtoste Gegenwart der Weltstadt mit einer viele tausend Jahre zurückliegenden Vergangenheit wahrnehmbar berühren. Niemand wird diese Totenstätte ohne ernstes Sinnen verlassen.

•

Wer diese „Ecke" Groß-Berlins nicht kennt, der wird überrascht gewesen sein, soviel kommunale Eigenart zu sehen. Es lohnt sich wirklich, eine Fahrt an den Weißensee und an den Oberensee in Hohenschönhausen zu unternehmen. Steht man hier draußen und richtet den Blick gen Westen, so sieht man in der Ferne die letzten Häuserfronten Berlins verneben. Aber von ihnen nach hier draußen gehen bereits Dutzende von Straßen über das Papier. Liegt doch z. B. das Säuglingskrankenhaus heute schon an der Kniprodestraße, die eines Tages von ihrem Ursprungsort am Friedrichshain bis nach Weißensee durchgeführt werden wird.

*) Siehe auch Nr. 133, 145, 157 und 169 des „Vorwärts".

Ein Hoteldirektor als Schleichhändler.

Der Staatsanwalt beantragt 1 Million Mark Geldstrafe.

Gegen den Direktor des „Hotels Exzelsior, Elschner, der Geschäftsführer der G. m. b. H. ist, sowie gegen sechs kaufmännische Angestellte und Einkäufer des Hotels hatte die Strafkammer des Landgerichts I in zweitägiger Sitzung eine Anklage wegen Schleichhandels zu verhandeln. Es handelt sich um Vorgänge aus dem Jahre 1919 und 1920. Das Exzelsior-Hotel ist bekanntlich eines der größten Hotels, es umfaßt 650 Betten und es sind Hunderte von Angestellten dort beschäftigt. Die Anklage wirft den Angeklagten vor, daß sie in der schweren Ernährungsnot jener Zeit, unbekümmert um die Bedrängnis des Volkes, in großem Umfange Schleichhandelswaren, Milch, Zucker, Mehl, Fleisch usw. aufgekauft haben, um die Bedürfnisse der Hotelgäste nach deren Wünschen befriedigen zu können, was von den Angeklagten bestritten wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen Elschner, der der eigentliche Besitzer des Hotels und des größten Teils der Anteile sei, eine Geldstrafe in Höhe von 1 Million Mark, gegen die Angeklagten Ahrens, Schrödel und Ahlburg je 20 000 M., gegen die Angeklagten Stein und Reetz je 5000 M., gegen den Mitangeklagten Hübner Freisprechung. — Das Urteil lautet gegen Elschner auf insgesamt 60 000 M., gegen die übrigen Angeklagten je nach dem Maße ihrer Beteiligung auf Geldstrafen von 6000 M. bzw. 4000 M. bzw. 1500 M. Der Angeklagte Hübner wurde freigesprochen.

Schulversäumnis als Notwehrakt.

Eine Verurteilung der alten Schullesebücher.

Vor dem Landgericht I Berlin (Strafkammer 7 unter Landgerichtsdirektor Voigt) mußte der Präparator Löhr sich wegen Schulversäumnis seines Sohnes verantworten, den er im Herbst 1921 einige Zeit dem Unterricht ferngehalten hatte, um ihn kirchlicher und monarchistischer Beeinflussung zu entziehen. Der damals dreizehnjährige Knabe, der als schwachbegabtes Kind die Hilfsschule in der Plantagenstraße besuchte, nahm nicht am Religionsunterricht teil, aber aus manchem konnte der Vater schließen, daß die Lehrerin Raedsch auch in anderen Lehrstunden religiöse Stoffe behandelte. Dieselbe Lehrerin wählte im Deutschunterricht aus dem vor der Revolution eingeführten und noch jetzt gebrauchten Lesebuch verschiedene von monarchistischem Geist erfüllte Stücke, ließ sie von den Kindern lesen und benutzte zu einer grammatischen Uebungsarbeit ausgerechnet die in Hohenzollernverherrlichung schwelgende Schilderung einer Parade. In einer aufsatzähnlichen Uebung des Knaben fand der Vater den 1921 doch wohl nicht mehr zeitgemäßen Unsinn „Sachsen ist ein Königreich", den er auf den Einfluß der monarchistisch gesinnten Lehrerin zurückführte. Löhr meldete brieflich dem Rektor, daß er seinen Sohn einem solchen Unterricht entziehen werde, behielt ihn dann tatsächlich zu Hause und bekam darauf einen Strafbefehl von 15 M., den das von ihm um Entscheidung ersuchte Schöffengericht Berlin-Mitte sogar in 100 M. Geldstrafe umwandelte. Ueber die von ihm eingelegte Berufung hatte jetzt das Landgericht zu entscheiden.

Die im 60. Lebensjahre stehende Lehrerin Raedsch gab in ihrer Zeugenaussage zu, daß sie im Deutschunterricht Stücke über die Macht des Gebetes, über das Mausoleum,

---

44]

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Hätte er es doch von vornherein zugegeben, wenigstens ihr gegenüber! Aber jetzt? — Ihr Vater hatte recht. — Ihr Vater! — Das alles kam wie eine fürchterliche Finsternis über sie.

Plötzlich stand sie auf und ging schnell weiter. Sie mußte noch, ehe es dunkel wurde, zu den Kindern kommen. Wenn es dunkel war, wagte sie nicht, alleine draußen zu sein.

— Der hübsche Wagen fuhr durch die Norbyer Allee. Die beiden Töchter saßen auf dem Rücksitz, den Eltern gegenüber, und Einar vorne auf dem Bock beim Kutscher.

Einar war ganz unerwartet nach Hause gekommen. Denn an dem Abend, als er zur Buvikalm herübergerudert war, hatte er eine große Enttäuschug erlebt. Am selben Tage war die Tochter des Doktors wieder nach Hause gereist.

Seitdem war Einar das Gebirge unerträglich. Auf den Spaziergängen in den Bergen half es nun nichts mehr, zur Buvikalm hinüberzusehen. und die Schande, vor der er hierher geflohen war, — die sah er jetzt überall. Aber die Sehnsucht nach diesem jungen Weibe wurde darum nur größer denn je.

Und so packte er alles zusammen und zog wieder hinunter. Er mußte sie wiedersehen, mußte Gewißheit haben, ob sie ihn gern habe.

Aber als er wieder zu Hause war, kam eine wunderbare Ruhe über ihn. Das gute Gewissen aller anderen zu Hause steckte ihn an, und er mußte sich darüber freuen, daß alle Widerwärtigkeiten, die seine Eltern durchgemacht hatten, jetzt mit diesem Fest wieder gut gemacht wurden. Jetzt mußte er endlich auch mit seinem häßlichen Mißtrauen aufhören.

So sitzt er jetzt auf dem Bock und schaut auf die vielen Wagen, die zum flaggengeschmückten Gemeindehaus hinrollten. Ob sie wohl heute abend auch dort ist?

Marit Norby sah schön aus, wie sie in ihrem hellen Strohhut und seidenen Kleid im Wagen saß und sich etwas zu ihrem Mann neigte. Aber Knut war durchaus nicht so vergnügt. Denn je sicherer und sicherer er sich in seinem guten Recht fühlte, um so gleichgültiger war ihm auch die Meinung der Gemeinde geworden. Das fehlte nur noch, daß die Leute nun all den Aufwand machten, weil sie ihn bedauerten. Da hätte er schon Lust, sie über ihren Irrtum aufzuklären. Ihm fehlte weiter nichts.

Wenn aber doch ein feines Lächeln um seine Mundwinkel lag, je mehr Wagen sie vor dem Festhause vorfahren sahen, — dann war das, weil er an Mads Herluffen dachte. Kam er heute? Oder saß er zu Hause und maulte — dann hätte er ihn wohl sehen wollen.

Während sie auf den Hof des Gemeindehauses einbogen, sah Einar des Doktors Gig zurückfahren. In dem war nur für zweie Platz. Für den Doktor und seine Frau. Sie war also nicht mitgekommen.

Auf diesen Abend hatte er Tag und Nach so gespannt gewartet darum war seine Enttäuschung jetzt so groß, daß er einen Augenblick jede Lust verlor, hineinzugehen. Und etwas erwachte in ihm und rüttelte ihn und sagte: „Was willst du jetzt tun, Einar?"

Auf der Vortreppe zwischen zwei Fahnen standen der Amtmann und Frau Thora von Lidarende, um die Ehrengäste zu empfangen. Und langsam folgte Einar die Treppe hinauf.

Aber Laura, die heute zum erstenmal ein hellseidenes Kleid anhatte, errötete plötzlich, denn sie bemerkte im Flur einen bartlosen, jungen Mann, der sie wieder ansah. Das war der Sohn des Amtmannes, der gerade Forstkandidat geworden war. — „Bekomm' ich den zu Tisch?" dachte sie und ihr Herz klopfte.

— Die einzige Bewohnerin des Gemeindehauses war die Hebamme, die ein paar Zimmer in dem einen Flügel hatte. Und hier wirtschaftete jetzt die Pastorin mit einer Schar Mädchen, um das Essen fertigzumachen. Die Pastorin war wütend und verzweifelt, weil das Bahnhofshotel, von dem das Essen kam, vergessen hatte, die Sauce zum Braten mitzuschicken. Und jetzt kam ein Mädchen und erzählte, daß Norbys schon gekommen seien, und daß man anfange, sich zu Tisch zu setzen.

„Wer hat sie gebeten sich hinzusetzen?" fauchte die Pastorin. „Ein nettes Festkomitee!" — Und sie eilte zum Telephon und klingelte wie verrückt: „Hallo! Ist nun endlich die Sauce unterwegs?"

25.

Beim Eintreten in den Saal merkte Norby sofort, daß Herluffen nicht da war Aber alle Beamten waren gekommen, und kaum zeigte er sich, da eilten sie von allen Seiten, ihn zu begrüßen.

Es war ein großer, lustiger Saal. Die sinkende Sonne fiel durch die hohen Fenster, die zum See gingen, und bildete so drei breite Lichtstreifen auf dem Boden, so daß die festlich gekleidete Menge sich bald im Dunkeln, bald im Hellen befand. Das Gespräch war in vollem Gange, und von draußen klang das Peitschenknallen, es fuhren immer neue Wagen vor und rollten leer wieder zurück.

Die befrackten Hofbesitzer hielten sich vorsichtig an den Wänden entlang und schielten zu dem langen, blumengeschmückten Tisch, und zwischen ihnen spazierte der Besitzer des Sägewerkes umher mit seinem dicken Bauch, auf dem die goldene Kette baumelte. Er lachte lärmend, und sein rotes Gesicht leuchtete. Denn als er gehört hatte, daß man Gefahr lief, hier nur Fruchtwein zu bekommen, hatte er vorm Wegfahren von zu Hause noch tüchtig vorgesorgt. „Meine Damen und Herren," sagte er und fuchtelte mit der Hand, — „ich vermisse hier noch die richtige Feststimmung!"

Der dicke Amtsrichter mit dem silberweißen Haar und Bart nahm Norby unterm Arm und zeigte ihm die Wände. Die waren mit Fahnen und Laubgirlanden geschmückt, und hier und da hatte man — in Ermangelung von Wappen — altes schönes Hausgerät hingehängt. Da waren bemalte und geschnitzte Zäume, Kumte, Kellen und bauchige Bierkrüge, mit goldenen Blumen bemalt. Frau Thora von Lidarende hatte die ersten Anfänge eines Gemeindemuseums gestiftet.

„Sehen Sie doch," sagte der Amtsrichter mit einem gemütlichen Lachen. „Ist das nicht schön?" Das Laub ist die norwegische Natur, die Fahnen die Freiheit, und nordische Kultur — alles andere! Das paßt doch hübsch zusammen."

„Ja, das ist recht hübsch," sagte Norby und gähnte leicht.

Plötzlich fühlte Norby, wie ihm jemand am Rockschoße zupfte, und als er sich umdrehte, standen zwei alte Bekannte hinter ihm und lächelten ihn vorsichtig an, es waren zwei Hofbesitzer oben aus dem Gebirge, die während des Schwurgerichts Geschworene gewesen waren.

„Nein, seid ihr so weit hergekommen!" sagte Norby und schüttelte ihnen die Hände.

Sie erzählten, Wangen stecke wohl wieder hinter einem neuen Zeitungsartikel, in dem die Geschworenen beschuldigt würden, parteilich zu sein. Und als sie dies gelesen hätten, seien sie so böse geworden, daß . . . daß sie die Zähne zusammengebissen hätten und hergereist wären zum Fest.

Und nun wurde Norby zu Tisch geführt.

(Fortsetzung folgt.)

über Königin Luise, über das Königliche Schloß, über die Parade auf dem Tempelhofer Feld lesen ließ. Die Wahl des letztgenannten Stückes nannte sie selber eine Unvorsichtigkeit, wobei sie angab, daß Vorsicht gegenüber religiösen und politischen Stücken von der Schulbehörde empfohlen worden sei. Sie behauptete aber, daß gerade dieses Stück „sich zu der Uebungsarbeit besonders eignete." Den von Löhr befürchteten Eindruck auf die Kinder wollte sie nicht glauben, da ja das meiste an diesen Schwachbefähigten wirkungslos vorübergehe. Daß sie zu den Kindern noch von einem „Königreich" Sachsen gesprochen habe, bestritt sie. Aber Löhr stellte fest, daß sie das „Königreich" auch bei der Korrektur nicht bemängelt hatte. Zeuge Rektor Härtel regte sich sehr darüber auf, daß die Schule nicht von der Behörde geschützt worden sei. Nicht Löhr sei durch die Schule, sondern die Schule sei durch Löhr verletzt worden, meinte er.

Verteidiger und Staatsanwalt hatten mehrere Schulmänner als Sachverständige geladen. Stadtschulrat Rydahl äußerte sich, das von dem Unterrichtsministerium der monarchischen Zeit genehmigte Lesebuch enthalte viele Stücke, die wegen ihrer Stoffe und auch schon wegen der literarisch wertlosen Darstellung zu verwerfen seien. In der Auswahl solcher Stücke konnte Löhr eine Verletzung des die Empfindungen Andersdenkender schützenden § 148 der Reichsverfassung sehen, so daß er bei Erfolglosigkeit seines Einspruches berechtigt gewesen wäre, sein Kind dem Unterricht fern zu halten. Kreisschulrat Gottwald bestritt das; die Schule müsse als „noch christliche Simultanschule" religiöse Stoffe behandeln und auch die Hohenzollern will er im Unterricht nicht missen. Prof. Paul Oestreich vermißte bei der Lehrerin die feinfühlige Rücksichtnahme auf Andersdenkende. Der Vater habe die Absicht einer nach § 148 der Reichsverfassung unzulässigen Beeinflussung annehmen können und dann mußte er es sogar für seine Pflicht halten, das Kind diesem Einfluß zu entziehen. Studienrat Dr. Kawerau sah Verletzung des § 148 als objektiv erwiesen an.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Victor Fränkl, forderte Freisprechung des Angeklagten und betonte die grundsätzliche Wichtigkeit der Entscheidung des Gerichts. Die Reichsverfassung sei Gesetz, das jeder beachten müsse. Wenn die Lehrerin entgegen § 148 die Empfindungen Andersdenkender verletzte, so durfte trotz allgemeiner Schulpflicht der Vater zur Abwendung weiterer Gefahr sofort sein Kind dem Unterricht fernhalten. Kein Mensch sei so dumm, zu fordern, daß im Unterricht überhaupt nicht von einem Hohenzollern oder von Luther gesprochen wird, aber auf das Wie kommt es an. Der Staatsanwalt beantragte, die Berufung zu verwerfen.

Das Gericht entschied, Löhr sei wegen Schulversäumnis seines Sohnes zu bestrafen; es setzte aber die Strafe auf 15 M. herab. Ohne weiteres müsse man zugeben, daß es nicht zulässig sei, Stücke wie die Parade noch im Unterricht zu benutzen. Doch § 148 sei dadurch nicht verletzt, aber auch wenn das geschehen wäre, hätte Löhr erst nach erfolglosem Ausgang einer Beschwerde „die weiteren Konsequenzen ziehen" dürfen.

Aus der Begründung dieses Urteils ging leider nicht deutlich hervor, ob nach Ansicht des Gerichts die „Konsequenzen" die sein sollen, daß wenigstens bei Erfolglosigkeit einer Beschwerde der Vater sein Notwehrrecht gebrauchen und sein Kind der kirchlichen und monarchistischen Beeinflussung entziehen darf.

Ein Veteran der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Bruno Scholz, ist im 76. Lebensjahre nach zwölfjährigem Leiden gestorben. Scholz hat der Partei und der Stuhlarbeiter-(Weber-) Bewegung Pionierdienste geleistet, die vielen heute nicht mehr bekannt sein dürften. Er ist 1866 in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eingetreten. Seine Mitgliedskarte ist abgebildet in Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung". Im Jahre 1873 führte er den ersten großen Stuhlarbeiterstreik (Handweber) als Bevollmächtigter siegreich in vierteljähriger Dauer zum Ziel. Vor der Reichstagswahl 1874 unternahm Bruno Scholz als erster von Hohenschönhausen aus die Arbeit im Niederbarnimer Wahlkreis. Mit ein paar gewonnenen Freunden durchstreifte er die Bauerndörfer, verteilte aus eigenen Mitteln gedruckte Flugblätter und hielt Versammlungen ab. Als 1878 das Sozialistengesetz kam, war es wieder Bruno Scholz, der im Niederbarnimer Kreise die Vertrauensmänner organisierte. Seine Einäscherung findet am Donnerstag, den 4. Mai, abends 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Eine außerordentliche Sitzung des Brandenburgischen Städtetages findet am Sonntag, 7. Mai, 1 Uhr nachmittags im Charlottenburger Rathaus statt. Trotz der Kürze der Zeit werden die sozialistischen Magistratsmitglieder und Stadtverordneten ersucht, für recht reichliche Beschickung dieser Tagung zu sorgen, da eine Entschließung über den Regierungsentwurf zur neuen preußischen Städteordnung gefaßt werden soll. Eine Vorbesprechung der Vertreter findet Sonntag vormittags 10½ Uhr im Charlottenburger Rathause statt. Am Haupteingang wird die nähere Bezeichnung des Versammlungsraumes erfolgen.

Die Wählerlisten für die Gemeindeschulen in Britz liegen noch bis zum 13. Mai aus, und zwar wochentags von 5—7 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr. Alle Eltern (Vater und Mutter), die Kinder in die Schule schicken, müssen sich davon überzeugen, daß sie in der Wählerliste stehen.

Ein Kindermantel und ein Schlüssel sind am 1. Mai in der Neuen Welt gefunden worden. Die Sachen sind nachmittags von 4—6 Uhr im Sekretariat Neukölln, Jägerstr. 66, abzuholen.

Ueber ansteckende Krankheiten im frühen Kindesalter wird Privatdozent Dr. Orgler am Freitag, den 5. Mai d. J., abends 7½ Uhr, in der Aula der Realschule, Boddinstraße, im Rahmen der vom städtischen Gesundheitsamt Neukölln veranstalteten Vorträge sprechen. Der Besuch ist unentgeltlich.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Heute nachmittag 5½ Uhr Sitzung des engeren Bildungsausschusses im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 8. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist dringend erforderlich. — Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 4 Uhr, in der Aula des Friedrich-Realgymnasiums, Mittenwalder Str. 37, Konferenz aller Groß-Berliner Bildungsausschüsse. Im Anschluß daran findet (abends 7½ Uhr) im selben Raum eine Filmvorführung statt. Die Delegierten erhalten eine Eintrittskarte bei Abgabe ihres Mandats. Für Teilnehmer, die nicht zur Konferenz delegiert sind, werden Eintrittskarten zum Preise von 4 M. ausgegeben.

Todessturz aus dem achtzehnten Stockwerk eines Wolkenkratzers. In New York hat sich ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. Die Mutter des in England und Amerika sehr bekannten Pianisten Percy Grainger stürzte aus dem 18. Stockwerk des Gebäudes der Aeolian Hall, während sie bei Freunden zu Besuch weilte. Die Unglückliche blieb vollständig zerschmettert auf der Straße liegen.

Aufhebung der Kasernierung der Prostitution in Frankfurt. Veranlaßt durch die neue Auffassung über das Wesen der Prostitution hat das Polizeipräsidium die öffentlichen Häuser in Frankfurt am Main geschlossen. Die Insassen, 60 an der Zahl, hatten in der Stadt Unterkunft gefunden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft flau. Fische knapp, Geschäft ziemlich rege. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

*

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 30—35 M., ohne Knochen 35—42 M. **Schweinefleisch** 38—44 M. **Hammelfleisch** 26—44 M. **Kalbfleisch** 25—41 M. **Schellfisch** 8—12 M. **Seelachs** 8—9 M. **Dorsch** 7 M. **In Eis: Schleie** 24—26,50 M. **Hechte** 21—26 M. **Aale** 40—45 M. **Lebende Barsche** 20—21 M. **Karpfen** 30—35 M. **Bleie** 18—21 M. **Naturbutter** 57—64 M. **Margarine** 29 bis 38 M. **Schweineschmalz** 45—48 M. **Eier** 3,50—4 M. **Erbsen** 9—11 M. **Weiße Bohnen** 10 M. **Linsen** 15—16 M. **Graupen** 10—10,50 M. **Hafergrütze** 9 M. **Reis** 12—13 M. **Wirsingkohl** 8—9,50 M. **Weißkohl** 8—10 M. **Blumenkohl** 15—25 M. der Kopf. **Rotkohl** 10—15 M. das Pfund. **Spinat** 6—8 M. **Zwiebeln** 8—10 M. **Eßäpfel** 10—16 M. **Apfelsinen** 3,50—9 M. das Stück.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Nächste Sitzung des Bezirksvorstandes Sonnabend, den 6. Mai, abends 6 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3.

Die Kassierer der 9., 39., 84., 98., 107., 121., 123a., 128., 129., 130. und 139. Abteilung werden hierdurch nochmals aufgefordert, die alten Beitragsmarken für Frauen à 30 Pf. sowie die Jugendmarken sofort abzurechnen. Diese Marken haben schon seit dem 1. Januar d. J. keine Gültigkeit mehr.

1. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 4. Mai, 7 Uhr, bei Reim, Urbanstraße 29, erweiterte Kreisvorstandssitzung.
2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 5. Mai, 7 Uhr, Kreisvorstandssitzung im bekannten Lokale. Für Benennung der Elternbeiratskandidaten jeder Schule ist zu sorgen.
3. Kreis Wedding. Bildungskommission! Freitag, den 5. Mai, 7½ Uhr, Sitzung bei Schade, Koslimer Str. 9, Abrechnung der Maifeierkarten. Jede Abteilung muß vertreten sein.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, den 5. Mai, 8½ Uhr, Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit dem Bildungsausschuß und den Abteilungskassierern bei W. Burg, Prenzlauer Allee 189. Abrechnung von der Maifeier.

Heute, Donnerstag, den 4. Mai:

36. Abt. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Behrendt, Liebigstr. 24. Tagesordnung: Elternbeiratswahlen.

44.—48. Abt. 7 Uhr, Bautzner Platz 9, Zusammenkunft der Elternbeiräte und Kandidaten der Schulen innerhalb dieser Abteilungen.

Jungsozialisten. Gruppe Elben: 7½ Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Fortsetzung der Aussprache über „Religion und Sozialismus". — Gruppe Friedrichshain: Teilnahme an der Veranstaltung der Gruppe Elben. — Gruppe Neukölln: 7½ Uhr im Jugendheim Kogatzstr. 13, Diskussionsabend über die Generalversammlung. — Gruppe Köpenick: 7½ Uhr bei Müller, Alter Markt. Tagesordnung: 1. „Demokratische Kulturideale." Referent Walter Silberschmidt-Uhlenhorst. 2. Freie Aussprache. 3. Festlegung der Sitzungstage. Da der Vortrag auch für die Mitglieder des Bildungsausschusses von Interesse ist, sind ältere Genossen herzlich willkommen.

Morgen, Freitag, den 5. Mai:

14. Kreis Neukölln-Britz. 7 Uhr öffentliche Elternversammlung in Kliems Festsälen (großer Saal), Hasenheide 13. Thema: „Die bevorstehenden Elternbeiratswahlen". Referent Stadtrat Löwenstein.

15. Abt. 7 Uhr dringende Sitzung sämtlicher Funktionäre, Elternbeiräte usw. bei Obiglo, Stralsunder Str. 11.

33. Abt. 7 Uhr bei Losack, Beusselstr. 8, Konferenz sämtlicher Funktionäre, Elternbeiräte und Kandidaten zur Elternbeiratswahl müssen auch erscheinen.

37. Abt. 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Pfeiffer, Hausburgstr. 2. Die Listen der Elternbeiräte müssen eingereicht werden.

40. Abt. 7½ Uhr bei Keufner, Hagelberger Str. 20a, Elternversammlung. Thema: „Die Elternbeiratswahlen". Referent Lehrer Koch.

Schöneberg. 77. Abt. 7½ Uhr in der Comenius-Schule, Frankenstr. 10, Sitzung sämtlicher Funktionäre. — 78. Abt. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Händel, Vorbergstr. 11. Ebenda um 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung. Die noch ausstehenden Fragebogen müssen spätestens in dieser Sitzung abgeliefert werden. — 79. Abt. Pünktlich 7½ Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Rosenau, Hohenfriedberg-, Ecke Kolonnenstraße. Die Funktionäre müssen zu dieser Sitzung noch den Vorstandswahlen erscheinen.

82. Abt. Steglitz. 7 Uhr Sitzung des neugewählten Bildungsausschusses bei der Genossin Schmelcher, Paulsenstr. 20, 1 Tr.

92. Abt. Neukölln. 7½ Uhr bei Wolff, Kaiser-Friedrich-, Ecke Roseggerstraße, Sitzung des Abteilungsvorstandes und sämtlicher Funktionäre. Abrechnung der Maimarken und der Parteiprogramme.

108. Abt. Köpenick. 7½ Uhr Vorstandssitzung bei Müller, Alter Markt.

Lichtenberg. 114. Abt. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Schwarzer, Gabriel-Max-Straße 17. — 115. Abt. 7½ Uhr bei Albrecht, Gürtelstr. 17, Sitzung der Abteilungsleitung, der Partei- und Betriebsfunktionäre. Abrechnung der Maizeitungen, Stellungnahme zur Neuwahl eines Abteilungsleiters.

126. Abt. Reinickendorf-Ost. 8 Uhr Funktionärsitzung. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Jungsozialisten. Gruppe Britz: 7 Uhr im Jugendheim Chausseestr. 68, Liederabend. Mitglieder der Arbeiterjugend sind besonders eingeladen.

Frauenveranstaltung:

51. Abt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Nossius, Friedrich-Karl-Platz 5. Thema: „Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll". Referentin Lehrerin Sabotta. Gäste willkommen.

*

Sozialdemokratischer Männerchor „Friedrichshain". Der nächste Uebungsabend findet nicht am Freitag dieser Woche, sondern erst am Montag, den 8. Mai, im Andreas-Kasino, Andreasstr. 5, statt.

Jugendveranstaltungen.

Eine Besprechung der Ordner zum Maijugendtag findet am Freitag, den 5. Mai, abends ½8 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, statt. Alle Abteilungen müssen Ordner entsenden.

Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 4. Mai:

Baumschulenweg: Jugendheim Cenftstr. 16. — Lankwitz: Jugendheim Sedlitzstr. 6, Vortrag: „Stellung der Arbeiterjugend zur Kirche und Religion". — Norden: Jugendheim Gemeindeschule Putbuser Str. 35. — Neukölln-Nord: Jugendheim Münchener Str. 52. — Stralauer Viertel: Jugendheim Gemeindeschule Roglerstr. 3. — Schönhauser Vorstadt I: Jugendheim Gemeindeschule Sonnenburger Str. 20. — Steglitz-Friedenau: Jugendheim Offenbacher Str. 5a. — Süden: Jugendheim Gemeindeschule Stallschreiberstr. 54. — Reichenberger Viertel: Jugendheim Gemeindeschule Gleisauer Str. 12/16.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen Berlin-Treptow. Donnerstag, 8 Uhr, spricht in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krugallee 7, Herr Rektor Oelze Seinig über „Dramatisches Gestalten in der Arbeitsschule" unter Mitwirkung einer Volksschulklasse.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 4. Mai, ½8 Uhr, in der Oberrealschule, Niederwallstr. 12, Vortrag des Genossen Dr. Leo Klauber: „Sozialisierung des Gesundheitswesens". Gäste willkommen. Eintritt frei.

Berliner Mandolinen- und Lauten-Orchester. Uebungsabend: Donnerstag von 8—10½ Uhr im Restaurant „Zum alten Lokomotiv", Anhaltstr. 11.

Stenographenverein Stolze-Schrey zu Berlin. Zentraldezirk: Freitag 7 Uhr, C., Niederwallstr. 12, Friedrich-Werdersche Oberrealschule. Gäste willkommen.

Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Berlin. Freitag 7 Uhr im Bürgersaal des Rathauses, Königstraße, Vortrag von Dr. Magnus Hirschfeld über „Mensch und Menschheit". Diskussion.

Ortsgruppe Berlin-West der B.-O. für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen. Außerordentliche Versammlung Freitag, den 5. Mai, 7 Uhr. Thema: „Wichtige Ausbildungsfragen".

Mieterverband Treptow. Oeffentliche Versammlung am Freitag, den 5. Mai, 7½ Uhr, in Brauns Gesellschaftshaus am Bahnhof Treptow. Referent Dr. Götzel: „Rechte und Pflichten des Mieters aus dem neuen Reichsmietengesetz."

Rathausnachspiel im Landtag.

Der Landtag ehrte gestern bei seinem Wiederzusammentreten das Andenken des verstorbenen Abg. Hue (Soz.) durch Erheben von den Sitzen. In seinem Nachruf teilte Präsident Leinert mit, daß der Verstorbene seit 1913 dem ehemaligen Abgeordnetenhause und darauf der Verfassunggebenden Landesversammlung angehört hat. Seine Nachfolgerin im Mandat ist Frau Anna Lex-Dortmund (Soz.).

Gegen den Vorschlag des Präsidenten, die auf der Tagesordnung stehende erste Beratung des Gesetzes betr. den Haushalt für die Schutzpolizei erst in Verbindung mit dem Haushalt des Ministeriums des Innern zu beraten, erhebt

Abg. Katz (Komm.) Einspruch und beantragt, eine Große Anfrage über die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus am Dienstagabend zu beraten. Die Schutzpolizei sei gegen eine ruhig demonstrierende Menge ohne jeden Anlaß mit blanker Waffe vorgegangen. Nur dem entschlossenen Eingreifen linksradikaler Stadtverordneter sei es zu verdanken, daß es nicht zu einem Blutbade kam. Die Schuldigen müßten zur Rechenschaft gezogen werden, Polizeipräsident Richter eine andere Beschäftigung erhalten. (Der Präsident macht den Redner mehrfach darauf aufmerksam, daß er „zur Geschäftsordnung" nicht auf die Vorgänge selbst eingehen darf.) Katz fährt fort, er habe selbst gesehen, daß die Offiziere den Befehl zum Losschlagen gegeben haben, ohne daß die Demonstranten den geringsten Anlaß gegeben hätten. Als Katz von dem „Blutpolizeihund Severing" spricht, erhält er einen Ordnungsruf.

Präsident Leinert teilt mit, daß Minister Severing sich bereit erklärt hat, die Große Anfrage am Donnerstag zu beantworten.

Abg. Leid (U. Soz.) kritisiert das Eingreifen der Schutzpolizei und beantragt, die Große Anfrage als letzten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. (Als Präsident Leinert den Redner hindert, „zur Geschäftsordnung" auf die Sache einzugehen, rufen ihm die Kommunisten zu: Schützer der Bluthunde!)

Abg. Leidig (D. Vp.) bittet, es bei dem Beschlusse des Aeltestenrates zu belassen. Die Polizei habe sich musterhaft verhalten. (Lärm b. d. Komm.)

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.): Die Erledigung wird nur aufgeschoben, um die Oeffentlichkeit mit Lügen bearbeiten zu können. Bewußte Schiebung! Die Polizeischurken müssen schleunigst entfernt werden.

Präsident Leinert weist den Vorwurf der Schiebung zurück. (Abg. Scholem (Komm.) ruft: Moralische Schiebung! — Allgemeines Gelächter.)

Abg. Limbertz (Soz.): Es ist selbstverständlich, daß der Minister gefragt wird, wann er die Große Anfrage beantworten kann. Der einfachste Anstand hätte gefordert, sich mit seiner Antwort zu begnügen. Aber dazu sind Sie (zu d. Komm.) nicht fähig. (Lärm b. d. Komm.) Rußland könnte glücklich sein, wenn seine Regierung so verfahren würde wie unsere.

Nach weiteren Schimpfereien der Abg. Schulz und Katz (Komm.), verteidigt Abg. Haas (Soz.) den Präsidenten Leinert gegen die Vorwürfe der Kommunisten und wirft dem Abg. Katz vor, über die Aeltestenratssitzung eine völlig falsche Darstellung gegeben zu haben; Sie (zu den Komm.) suchen fortgesetzt jemand hinter der Hecke, weil Sie selbst dahintergesteckt haben.

Hierauf wird der Haushalt der Schutzpolizei gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten von der Tagesordnung abgesetzt. (Pfuirufe der Kommunisten.)

Infolge Widerspruchs der Rechten kann die KPD.-Anfrage heute nicht behandelt werden. (Lärm bei den Komm., Abg. Scholem (Komm.): Das ist der Widerspruch der Mörder! — Lachen bei der Mehrheit.)

In der Beratung eines Antrages Dominicus (Dem) über die Anwendung der §§ 7 und 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes sagt

Abg. Müller-Hameln (Soz.):

Die Novelle über das Kreis- und Provinzialabgabengesetz bedeutet ein großes Unrecht, und ein deutschnationaler Antrag will es noch verewigen. Wir werden gegen den Antrag stimmen, der nur die Steuerfreiheit der Grundbesitzer von den Kreis- und Provinzialabgaben bezweckt. Die nicht kreisfreien Städte haben jetzt die ganzen Steuerlasten zu tragen. Das Bestreben der Städte, aus den Kreisen auszutreten, ist daher leicht begreiflich. Durch diese Strömungen wird der gesamte Kreissteuerplan über den Haufen geworfen.

Das Gesetz wird unter Ablehnung deutschnationaler Abänderungsanträge angenommen. Es folgt ein Gesetzentwurf, der die Kirchengemeinden verpflichten soll, die vollen Erträge des Pfarrvermögens und etwaige Ueberschüsse des Kirchenvermögens für Pfarrbesoldungszwecke zu verwenden. Das Gesetz wird nach kurzer Debatte angenommen. Bei dem Entwurf über die vorläufige Regelung des Kirchenregiments in der evangelisch-reformierten Kirche der Provinz Hannover fordert

Abg. Kleinspehn (U. Soz.) Eingreifen des Staates gegen die kirchlichen Reaktionäre, die nur ihre Herrschaft befestigen wollen.

Donnerstag 12 Uhr: Wahlprüfungsgerichte, Kommunistische Große Anfrage, Kleine Vorlagen, Abstimmungen zum Gestüt- und Domänenetat, Bergetat. Schluß ¾7 Uhr.

Asthma sofort gelindert!

dies soll den Asthmaleidenden in Berlin morgen bewiesen werden.

Morgen, während des ganzen Tages, werden kostenlose Proben des berühmten Dr. Schiffmann'schen Asthmador in der Viktoria-Apotheke, Friedrichstraße 19, verabfolgt werden. Dr. Schiffmann wünscht, daß jeder Asthmatiker in Berlin sich persönlich eine Probe holt. Als er nach dem Grund gefragt wurde, warum er sein Heilmittel in dieser Weise abgibt, sagte er: „Die Patienten stehen selbstverständlich einem Asthma-Heilmittel skeptisch gegenüber, und wenn Sie in Betracht ziehen, daß sie bei zahllosen Mitteln keinen oder nur geringen Erfolg gehabt haben, so können Sie diese Leute nicht dafür tadeln." Er fügt weiter hinzu: „Es kommt meist nicht auf die Heftigkeit der Krisis noch auf die Hartnäckigkeit der Fälle an, „Asthmador" bewirkt regelmäßig sofortige Linderung, vielfach schon im Zeitraum von 10 bis 15 Minuten." Er weiß, wie sehr sein Mittel Tausenden von Asthmatikern schon genützt hat, er wendet sich an alle diejenigen, welche noch keine Gelegenheit hatten, das Mittel zu versuchen und sich von dessen Vorzüglichkeit zu überzeugen. Er ist der Ansicht, daß eine positive Probe, die er allen anbietet, das überzeugendste und tatsächlich das einzige Mittel ist, das Mißtrauen Tausender von Asthmatikern zu überwinden. „Asthmador" ist in den meisten Apotheken erhältlich, doch fürchtet Dr. Schiffmann, daß viele Personen noch nicht davon gehört haben, und um diese zu erreichen, macht er dieses weitgehende Angebot. Bestandteile: 34,90 Prozent Kaliumnitrat, 51,10 Prozent Fol. Datura Arborea, 14 Prozent Symplocarpus Foetidus. Jeder, der außerhalb Berlins wohnt, erhält ebenfalls eine Gratis-Probe, wenn er einfach seinen Namen und genaue Adresse (weiter nichts) auf einer Postkarte innerhalb der nächsten vier Tage an Dr. R. Schiffmann's Depot, Postfach T., Berlin SW 48 einsendet.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
Ärztlich empfohlen millionenfach bewährt
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Putz' die Schuh' mit Glyzoran

Die Not der Krankenkassen.

Zu den Ausführungen des Geschäftsführers des Groß-Berliner Aerztebundes Sanitätsrat Dr. Sternberg in Nr. 201 des „Vorwärts" sendet uns der Geschäftsführer des Verbandes der Krankenkassen Berlins Karl Schulz folgende Erklärung:

An den Anfang meiner Entgegnung will und muß ich die Tatsache stellen, daß Herr Sternberg verschweigt, daß er bei Veröffentlichung meines Artikels und demgemäß bei Abfassung seiner Entgegnung als Unterhändler der Berliner Aerzteorganisation dem Verband der Krankenkassen das Ansinnen gestellt hat, die von fast allen Aerzten und Krankenkassenfachleuten sowie -mitgliedern als sehr hoch empfundene 100prozentige Steigerung des Mitgliederpauschals auf 100 M. für das zweite Quartal 1922 nochmals um erhebliche Sätze zu erhöhen. Herr Sternberg schlug den Krankenkassen vor, nicht 100 M. als Grundpauschal anzunehmen, sondern 120 M. und darauf noch die jeweiligen Indexzuschläge zu zahlen. Es sollen also die Krankenkassen an Stelle der jährlich zu zahlenden 150 Millionen noch weitere erhebliche Millionen hinzuzahlen, es könnten bei weiterer Steigerung des Index auf Grund des von den Aerzten geforderten Grundpauschals diese mehr zu zahlenden Summen etwa 70 Millionen ausmachen, so daß die Versicherten also nach Ansicht der Aerzte allein an Arzthonorar für Versicherte pro Jahr 220 Millionen aufzubringen hätten.

Es ist deshalb zweckmäßig, der Regierung, den Aufsichtsbehörden und dem kommenden Schiedsgericht nochmals kurz zu sagen, was nötig ist: Die Krankenkassen sind bei den jetzigen Verhältnissen: Erfassung der zu versichernden Grundgehälter, Höhe der prozentualen Beitragsfestsetzung und unter Beibehaltung der freien Arztwahl kaum mehr in der Lage, die für das Versichertenpauschal aufzuwendenden Summen zu zahlen, sie sind überhaupt nicht in der Lage, die im Interesse der Volksgesundheit so eminent wichtige Familienversicherung einzuführen. Es kann nicht bestritten werden, daß nach den Forderungen der Aerzte für die Familienversicherung dasselbe zu zahlen wäre, wie für das Versichertenpauschal, daß die Krankenkassen also im Jahre mindestens 440 bis 450 Millionen aufbringen müßten, um die Aerzteforderungen zu befriedigen. Rechnet man diese gewaltige Summe auf den einzelnen der 1½ Millionen Versicherten um, dann ergibt dies schon für jeden Versicherten, ob verheiratet oder nicht, eine Jahresleistung von 300 Mark. Nimmt man an, daß nur die Hälfte der Versicherten als Haushaltungsvorstände in Frage kommen, sollten diese Haushaltungsvorstände allein die Kosten für eigene und für Familienversicherung aufbringen, dann ergäbe sich für sie eine Jahresleistung von insgesamt 450 M. oder für jeden Arbeitstag von 1,50 M. Beachtet muß werden, daß dies reines Arzthonorar sein soll; die Gesamtzahlungen der Mitglieder müßten um das 6⅔fache höher sein und müssen sich für die oberen Beitragsstufen noch weiter prozentual erhöhen, in umgekehrtem Verhältnis, wie die mittleren und unteren Stufen unter dem Durchschnitt bleiben. Die 50-Pfennig-Rechnung des Herrn Sternberg hat also ein gewaltiges Loch!

Bei 100 M. Jahrespauschal beträgt die von den Kassen an die Aerzte zu zahlende Summe je nach der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes heute schon 11 bis 18 Proz. der Gesamteinnahmen. Bei der enormen Steigerung für Kurkosten, Arzneien und Heilmittel, die bei einzelnen Arten ins Schwindelhafte gehen, stehen nachweisbar eine Anzahl Krankenkassen vor der Kalamität, daß sie nicht nur ihre Reserven restlos aufgebraucht haben, also Wertpapiere mit enormen Verlusten verkaufen mußten, daß sie auch von Pontius zu Pilatus laufen, um Geld geliehen zu erhalten. Beim Verband der Krankenkassen liegen Gesuche um Stundung erheblicher Zahlungen in Menge vor, die Krankenhäuser klagen darüber, daß ihnen die längst fälligen Kur- und Verpflegungskosten seit Monaten nicht bezahlt worden sind, die Apotheker jammern und petitionieren an den Wohlfahrtsminister, daß er ihnen dazu verhelfe, daß die Krankenkassen die längst fälligen Arzneirechnungen schneller bezahlen — die Regierung sieht alledem tatenlos zu. Ein hoher Regierungsbeamter, der als unparteiischer Vorsitzender des Aerzteschiedsgerichts bestellt war, glaubt seine Pflicht getan zu haben, wenn er den Krankenkassen eine hundertprozentige Erhöhung des Arzthonorars aufgebrummt hat, das Oberversicherungsamt verweigert den Krankenkassen die Genehmigung für eingereichte Satzungsänderungen, die Arbeitgeber drohen mit einem Sturm auf die gesamte Krankenversicherung, wenn ihnen wiederum höhere Zahlungen abverlangt werden und dann behauptet Herr Dr. Sternberg: Die Krankenkassen bringen eben nicht genügend Gelder auf, sonst müßten sie die Forderungen der Aerzte erfüllen können.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Teltower Kreisschiffahrt veranstaltet täglich Fahrten zur Baumblüte nach Werder.

Wirtschaft

Zement für den Bau von Kleinwohnungen.

„Der Beirat für Zementwirtschaft hat seine Zustimmung zu dem Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums gegeben, den Zementbedarf für die bezuschußten Kleinwohnungsbauten bevorzugt sicherzustellen. Ueber das Verfahren für die Belieferung werden noch nähere Anordnungen ergehen.

Für den Bereich der Süddeutschen Zementverkaufsstelle Heidelberg ist bereits seit einiger Zeit ein bestimmter Teil der Monatserzeugung für den Kleinwohnungsbau abgezweigt. Soweit die Belieferung durch die Verkaufsstellen des Norddeutschen Zementverbandes bzw. des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes erfolgen soll, ist für alle bezuschußten Wohnungsbauten, für die eine bevorzugte Belieferung zunächst in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni erwünscht ist, eine Bedarfsanmeldung bei der Landesbehörde oder einer anderen geeigneten Organisation (Wohnungsfürsorgegesellschaften usw.) so zeitig einzureichen, daß die Bedarfszusammenstellungen der einzelnen Bezirke (für die Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni) bis zum 11. Mai im Reichswirtschaftsministerium vorgelegt werden können. Anzumelden sind auch diejenigen Mengen, welche bereits bei den Zementverkaufsstellen durch Händler bzw. unmittelbar bestellt sind. Wie nun Zement auf Grund der Anmeldungen von der gesamten Erzeugung für den bezuschußten Kleinwohnungsbau zugeteilt werden kann, wird erst nach Aufhören des Zementarbeiterausstandes beurteilt werden können.

Die bereits jetzt bei den Verkaufsstellen des Norddeutschen Zementverbandes bzw. des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes vorliegenden Anträge auf Zementbelieferung von bezuschußten Kleinwohnungsbauten werden aus dem gesamten unerledigten Auftragsbestand ausgesondert und von vornherein bis zur endgültigen Regelung nach Möglichkeit im gewissen Verhältnis bevorzugt beliefert.

500-Mark-Noten. Wie das Reichsbankdirektorium dem Verbande sächsischer Industrieller mitteilt, ist die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 500 M. vorbereitet und voraussichtlich noch im Sommer zu erwarten. Die vermehrte Ausgabe von 1000-Mark-Noten war zwar auch angestrebt, doch ist die Leistungsfähigkeit der Reichsdruckerei an ihrer Grenze angelangt. Angesichts der Unmöglichkeit, dem Verkehr Tausender-Noten in genügender Menge zur Verfügung zu stellen, ist die Schaffung von höheren Noten unabwendbar. Auch hier sind die Vorbereitungen soweit vorgeschritten, daß deren Ausgabe zum Herbst d. J. in Aussicht steht.

Bergwerksgesellschaft Hibernia. Ueber den Abschluß dieses Unternehmens, dessen Aktien sich in den Händen des preußischen Staates befinden, meldet der amtliche Preußische Pressedienst: In der am 25. April 1922 in Berlin abgehaltenen Aufsichtsratssitzung wurde der vorgelegte Abschluß für 1921 festgestellt. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, von dem abzüglich aller laufenden und außergewöhnlichen Betriebsausgaben sowie der Anleihezinsen verbleibenden Bruttogewinn 11 581 201,15 Mark zu Abschreibungen und 450 000 M. gleich 4 Proz. als Gewinnanteil auf die Vorzugsaktien und 12 000 000 M. gleich 20 Proz. als Gewinnanteil auf die Stammaktien zu verwenden.

Der Zentralvorstand des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt am 10. und 11. April in Mailand eine Sitzung ab, an der für Deutschland Heinrich Kaufmann teilnahm. Sekretär May (England) erstattete den Kassenbericht für 1921 und legte das Budget für 1922 vor. Beide stehen unter dem nachteiligen Einflusse der Valutadifferenzen. Die Rußland-Delegation erstattete Bericht. Der „Centrosojus" erhielt beratende Stimme im Leitenden Ausschusse. Die Sammlung für Rußland und Georgien soll fortgesetzt werden. Zur Konferenz in Genua wurde eine längere Entschließung gefaßt, in der Hinzuziehung der Genossenschaften verlangt und bezüglich des Wiederaufbaues bestimmte Vorschläge gemacht werden. Die Propaganda, insbesondere soweit die Mitwirkung der Frauen in Betracht kommt, soll gefördert werden. Der internationale Güteraustausch wurde in einer Sitzung der Großeinkaufsgesellschaften besprochen. Errichtung einer Art Exportabteilung in jedem Lande wurde als wünschenswert bezeichnet. Die Errichtung einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft wird von einem Ausschusse geprüft.

Rußlands Außenhandel geht vorwärts. Die russische Einfuhr ist im März gegenüber den Vormonaten stark gestiegen und betrug 15 664 000 Pud (im Februar 8 566 000, Januar 5 464 000, März 1921 623 000), was einen Rekord seit Wiederbeginn des russischen Außenhandels darstellt. Die russische Ausfuhr betrug im März d. J. 453 744 Pud (im Februar 205 156, im März 1921 298 173 Pud).

Russische Verkehrstarife. Die Sowjetregierung hat die Eisenbahntarife ab 1. Mai auf das Einmillionenfache derjenigen Sätze erhöht, die für den Personenverkehr im Juni 1917 und für den Güterverkehr bis zum 1. Januar 1921 gegolten haben. Bis zum 15. April d. J. betrugen die Tarife das Zweihunderttausendfache und vom 15. April an das Vierhunderttausendfache dieser Sätze.

Das deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen, das am 1. September 1921 in Kraft getreten ist, wurde auf weitere 9 Monate bis zum 1. März 1923 automatisch verlängert.

Aus der Partei.

50 Jahre Budapester „Volksstimme".

Schon im April 1848 gab der Volksschullehrer Michael Táncsics eine madjarische Arbeiterzeitung heraus, die aber bald von der Reaktion unterdrückt wurde. Ein neuer Versuch Táncsics' im Jahre 1869 endete mit einem Jahr Gefängnis und 500 Gulden Geldstrafe, was das Blatt nicht aushielt. 1870 gab der Buchdrucker Viktor Külföldi die „Allgemeine Arbeiterzeitung" heraus, die aber nur 17 Nummern erlebte. 1871 erschien kurze Zeit die von Siegmund Politzer geleitete „Brüderlichkeit". Die nach dem Fall der Pariser Kommune neu einsetzende Reaktion vernichtete auch in Ungarn die Anfänge der Bewegung, Politzer wanderte in den Kerker, aber der Hochverratsprozeß gegen ihn und die Mitangeklagten endete mit der Freisprechung aller. Als erstes Blatt einer Genossenschaft von Parteigenossen erschien 1873 die „Arbeiter-Wochen-Chronik" und seit damals ist das deutsche Parteiorgan in Budapest ununterbrochen erschienen, seit 1891 als „Arbeiterpresse", die von September 1892 bis August 1893 unser Daniel Stücklen redigierte und seit 1894 als „Volksstimme", die am 1. Mai 1895 Tageblatt wurde. Aber die Aufdeckung der Praktiken eines Apothekers, der Wunderheilmittel vertrieb, leider aber zu den Aktionären der Druckerei des Blattes gehörte, führte zu einem Boykott aller Druckereien gegen das Blatt, das sich als Tageblatt nicht halten konnte. Dazu kamen Parteiwirren, die aber wieder überwunden wurden. Von Oktober 1911 bis zur Rätediktatur unseligen Angedenkens dreimal wöchentlich, dann wieder als Tageblatt und seit 1. März 1920 kommt die „Volksstimme" jetzt als Wochenblatt heraus. Wir wünschen ihr baldigen neuen Aufstieg.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Mittwoch, den 3. Mai.

1. Rennen. 1†. Aventin (O. Schmidt), 1†. Effehand (Altmann), 3. Geiser (G. Janek). Tot.: 29 : 10 (Aventin), 26 : 10 (Effehand), Platz: 17, 16, 14 : 10. Ferner liefen: Pindar, Alamund, Hannstein, Lehndorff.

2. Rennen. 1. Barbe (Ebert), 2. Prälat (Kosina), 3. Ramajos (Fils). Toto: 17 : 10, Platz: 14, 26, 63 : 10. Ferner liefen: Mime, Heilkünstler, Traumdeuter, Dioscur, Carolus, Csardasfürstin, Stichprobe, Wiwia.

3. Rennen. 1. Lonja (O. Schmidt), 2. Abazzia (Zimmermann), 3. Minnie (Vylgar). Tot.: 31 : 10, Platz: 12, 16, 14 : 10. Ferner liefen: Immergrün, Rebe, Norderney, Perkolder.

4. Rennen. 1. Falter (Staudinger), 2. Flüchtling (Behr), 3. Sagnot (Kaiser), 4. Correggio (O. Schmidt). Tot.: 94 : 10, Platz: 32, 35, 53 : 10. Ferner liefen: Liebediener, Armenier, Ulan II, Athene, Rib, Augur.

5. Rennen. 1. Schaumschläger (Tarras), 2. Hörselberg (Wurft), 3. Gießbach (G. Janek), 4. Belgrade (Gorsler). Tot.: 14 : 10, Platz 11, 14, 19 : 10. Ferner liefen: Ritter Blaubart, Hammerfest, Formosa.

6. Rennen. 1. Alarid (Rastenberger), 2. Lieberich (Altmann), 3. Habanera (Korb), 4. Golderlatz (Bleuler). Tot.: 26 : 10, Platz 15, 16, 31 : 10. Ferner liefen: Hexerei, Maggie, Ravenna, Mrs. Bunch, Kleingeld.

7. Rennen. 1. Feldherr II (Bleuler), 2. Horst (Korb), 3. Anemone (Kaiser), 4. Aladar (Staudinger). Tot.: 182 : 10, Platz 55, 25, 33 : 10. Ferner liefen: René Bonto, Erbschleicher, Sinhart, Parcival, Abendsturm, Givet.

Wetter bis Freitag mittag. Anfangs vielfach heiter und in den Mittagsstunden mild, dann wieder zunehmende Bewölkung und im Westen an den meisten Orten leichte Regenfälle.

Sehen Sie sich das große Mai-Programm bei „Zielka" an!
Sie staunen und lachen!

Gegen rauhe aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hautpflegemittel

Norderney
Das „Nordsee-Paradies"
Seewege über Bremen/Bremerhaven oder Hamburg/Cuxhaven u. Helgoland
Direkte Schnellzugs- und Dampferverbindung Norddeich – Norderney
Auskunft und Führer durch die Bade-Verwaltung

Billige Preise für hochwertige Frühjahrskleidung

Schlüpfer und Raglans aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen .... M. 1600, 1400, 1200 1000⁰⁰
Schlüpfer und Raglans aus prima Stoffen in bester Verarbeitung .... M. 3000, 2600, 2400, 2220, 2050, 1900 1800⁰⁰
Paletots aus marengo Cheviot M. 3000, 2600 2400, 1900, 1650, 1500 1400⁰⁰
Sport-Paletots aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satinella gefüttert, M 3000, 2600, 2400, 1900 1800⁰⁰
Paletots Biedermeierform, aus farbigen Stoffen .... M. 2600, 2500, 2200 2000⁰⁰
Rockpaletots aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von ...... M. 3500⁰⁰
Jackett-Anzüge aus guten farbig. Stoffen in vielen Mustern M. 1650, 1400, 1200 950⁰⁰
Jackett-Anzüge in den neuest. Must. u. Farbenstell. M. 2500, 2400, 2200, 2000, 1900 1800⁰⁰
Jackett-Anzüge aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung, Ersatz für Maß .... M. 3300, 3000, 2700, 2500 2400⁰⁰

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter .... M. 1500 1350⁰⁰
Sport-Anzüge mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen .... M. 1800, 1500, 1350 1200⁰⁰
Bozener Mäntel für Herren, aus prima Strichloden .... von 750⁰⁰ an
Bozener Mäntel für Damen, aus Strichloden .... von 550⁰⁰ an
Hosen gestreift, außergewöhnlich billig .... M. 250, 225, 200 180⁰⁰
Hosen aus gestreiftem Satin und Kammgarn .... M. 375, 325, 300 275⁰⁰
Hosen aus prima Stoffen, für Cutaways .... M. 750, 650, 600, 550, 475 400⁰⁰
Sporthosen Breechesform, aus gutem Manchester .... M. 675, 350 300⁰⁰
Sommer-Loden-Joppen von .... 450⁰⁰ an
Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot .... M. 1000 850⁰⁰

Knaben-Anzüge aus gutem farbigen Wollstoff, in all. Fassons u. Preislagen v. M. 250⁰⁰ an
Knaben-Anzüge aus blauem Cheviot und Kammgarn in nur gut. Qualität, von M. 525⁰⁰ an
Burschen-Anzüge aus farbig. Wollstoffen von M. 320⁰⁰ an
Burschen-Anzüge in Jackett- und Sportform, aus nur guten Qualitäten von M. 560⁰⁰ an
Jünglings-Anzüge jeder Art und Qualität, aus guten farbigen Stoffen von M. 900⁰⁰ an
Jünglings-Anzüge aus blauem Cheviot von M. 850⁰⁰ an
Knaben-Pyjacks aus gutem blauen Cheviot und Tuchstoff von .... M. 670⁰⁰ an
Knaben- und Burschen-Pelerinen aus Strichloden von .... M. 200⁰⁰ an
Strohhüte, Sporthemden, Rucksäcke, Oberhemden, Krawatten
in großer Auswahl, sehr preiswert!

Außergewöhnlich preiswert! { Wochentagsanzüge aus sehr haltbaren Stoffen M. 600 450⁰⁰
Mäntel aus sehr haltbaren Stoffen .... M. 600 400⁰⁰ }

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Sie sparen

an Schuhen, wenn Sie Edelschuhputz

Nigrin

verwenden.

Generalvertretung und Lager: Berlin S 42, Luisen-Ufer 40.

Opernhaus Turandot Arlecchino 7½ Uhr

Schauspielhaus Armand Carrel 7½ Uhr

Deutsch. Theat. 7½: Cyrano von Bergerac Freit. 7½: Cyrano von Bergerac

Kammerspiele 7½: Der Meister Freit. 8: Das Paketboot Tenacity

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½: Judith Freit. 7½: Judith

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus 8 U.: „Gretchen" Glässner, Roberts.

Residenz-Th. Tägl. 7½ Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung Irene Triesch, Korff, Bertens, Sandrock

Trianon-Th. Täglich 7½ Uhr: **Moral** von Ludwig Thoma Burg, Limburg Junkermann, Albers Falkenst., Mamelok.

Etablissement Café **Zielka** Friedrichstr. 59-60 Ecke Leipziger Str. Großes **Mai-Programm** Anni Kliemchen Henry Lorenzen Reme Jung Kurt Roda Hedda Herrnfeld Martin Löwe Irene Schachmeister Fattino Alice Basener Fatima Ballett Egon Moskow mit Erna Gageike — **Nachmittags-Vorstellungen**

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½: **Die Ratten**

Lessing-Th. 7½ Uhr: **Madame Sans-Gêne** Freitag 7: Faust Sonnab. b. Mtg. 7½: Mad. Sans-Gêne

Deut. Künstler-Th. 7½ Uhr: **Kollege Crampton** Freit 7: Z. 1. Male Man kann nie wissen Sbd. bis Mont. 7½: Man kann nie wissen

APOLLO 8 U. Theater 8 U. Dir. Jam. Klein Allabendlich Die große Ausstatt.-Operette von Paul Lincke **Venus auf Erden** In den Hauptrollen: Grete Sellin Martin Kettner Fritz Spira Erna Alberti Else Reval 30-Damen-Ballett [illegible] Vorvrk. ununterb.

SCALA Tägl 8 Uhr **Internat. Varieté**

Central-Th. 7½ U.: **Mädels v. Davos**

Deutsch Opernhaus 7½ U. **Die Bohème**

Friedrich-Wilhelmst. Th. 8 U.: **Casanovas Sohn**

Intimes Theater 8 U. Bubi will nicht! Die Peitsche und ..? Klein. Schauspielh. 7½ Uhr: Der keusche Lebemann

Lustspielhaus 8 Uhr: **Werwolf**

Metropol-Theater 7.30 Uhr: **Bajadere**

Neues Operett.-Th. 8 Uhr: **Lady Chic**

Neues Th. am Zoo 8 Uhr: Tanzabend **Zahrah Alexiewa**

Neues Volkstheater 7½ U.: **Schuster Aiolos**

Schiller-Th. Charl. 8 Uhr: **Der Hochtourist**

Thalia-Theater 7½: Die Herren von und zu ...

Th. a. Nollendorfpl. 3½: Postillon v. Lonjumeau 7½ U.: **Verliebte Leute**

Theater d. Westens 7½ U.: Zarewitsch Alexei

Theater in d. Kommandant. Str. 8 Uhr: **Gelbstern**

Wallner-Theater 7½ U.: Die beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater 7½ U.: Gasthaus zur Liebe

Folies Caprice 7,8 u. pers. Regie v. Dir. Ant. Herrnfeld **„Nachtdienst"** v. A. u. D. Herrnfeld „Mandelbaums Hochzeitsreise" v. A. u. D. Herrnfeld

Komische Oper
7¾ Dir.: James Klein 7½
Der Sensationserfolg Berlins!
Der Meister vom Montmartre
3 Bilder a. d. Liebesleb. Offenbachs unt. Verwend. Offenbachscher Musiken. In den Hauptrollen: Dr. Waldemar Staegemann Margit Suchy, Else Müller, Balzer-Lichtenstein, Herbert Kiepert, Fritz Steidl, Erich Bartels, Hans Werder
Vorverkauf ununterbrochen

Russ.-Deutsch.-Th. „**D. blaue Vogel**", Goltzstraße 9 Nollendorf 1613 Anfang 8½ Uhr Vorstellung allabendl.!

Metallbetten Stahlmatratzen Kinderbetten dir. an Priv. Katal. 30 A fr. Eisenmöbelfab. Suhl (Th.) 7.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tgl. 7½. Der neue Schlager! **Der Neffe aus Afrika** Vorher vollständig neuer Teil u. a. Gaugebiet Letzt. Rose Volkstüml. Preise! Stg. 3½: Tante Bella

Metall-Ankauf Königster Neue Königstr. 87 zahlt Tagespreise f. Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Rennen zu Karlshorst
Donnerstag, 4. Mai, nachm. 3 Uhr

Theater d. Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: **Brot und Arbeit**

Wintergarten Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Circus Busch Circus-Teil: 7¼ U. Man.-Schaust.: 8¾. Sonnt. auch 3 Uhr Der lustige Manege-Schlager **Ueber'n großen Teich** Wunderaffen Mexikan. Szene verlängert

Reichshallen Th. Allabendl. 7½ Uhr u. Sonnt. nachm. 3 Uhr **Stettiner Sänger** Dönh. Brettl. Anf. 7½ U.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Kassa-Konto	2 871,10	Anteil-Konto	1 750,—
Utensilien-Konto ...	6 552,67	Reservefonds-Konto.	1 011,90
Maschinen- u. Werkzeug-Konto	12 545,50	Hilfsreservefonds-Kt.	3 883,50
Kautionen-Konto ..	1 850,—	Darlehen-Konto ...	365 414,85
Konto-Korrent-Konto	150 106,06	Konto-Korrent-Konto	15 749,69
Waren-Konto.	226 871,12	Rückstellungs-Konto.	8 741,73
		Gewinn- u. Verlust-Kt.	4 041,57
	Sa. 400 594,45		Sa. 400 594,45

Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1921: 7. Ausgeschieden: 1, eingetreten: 1, mithin verbleiben am Jahresschluß 7 Mitglieder mit einer Haftsumme von M. 1750,—. Haftsumme und Geschäftsanteile haben sich nicht verändert.

Möbelfabrik Zukunft
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
E. Andreas. Th. Losse. 1671

Nasenröte, Sommersprossen Pickel, Hautunreinigkeit, Gesichtsröte etc. werden schmerzlos, unmerkbar für d. Umgebung, abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schälkur, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein. à 12 M. vom Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, erhältlich in der Elefantenapotheke, Leipziger Straße, und in den Drogerien Bastianstr. 2, Fehmarnstraße 3, Reinickendorfer Straße 119, Charlottenstraße 76, Pankow, Prinzstraße 6.

Seit 30 Jahren als stärkstes Radikalmittel berühmt!
Wanzen werd. restlos vertilgt durch Reichels Wanzenfluid. Echt nur mit Marke **Tod u. Teufel**
In Originalpackungen zu Mark 10.—, 17.50, 25.— und 37.50 in Drogerien erhältlich.
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Moritzpl. 4751—53

Theater a. Kottb. Tor Allabdl. 7½, Sonntags nachm. 3 U. Elite-Säng. u. a. „Wer ein Mädel hat gewesen", Chanson, Prof. Joachim. „Natascha", Lied, gesungen von Gustav Kind. „Meine Lene", Tanzschuhr. Max Horst. „Nobell von der Damenkapell", musik. Szene, Franz Fischer. „Er is noch nie verrückt", Vortrag, Bobby Walden. „Schorsch Kunath", die sächsische Type. „Fantasie im Ratsweinkeller" Wiederspiel von Max Horst. „Der Schipper" Eine komische Erinnerungs-Angelegenheit von Max Horst.

Zurück **Prof. A. Pinkus.**

Bezirksverb. Berlin SPD. 62. Abteilung Steglitz. Unser Genosse **Louis Clement** Steglitz, Schildhornstraße 88, ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, den 4. Mai, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Steglitzer Friedh. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Bezirksverb. Berlin SPD. 13. Abt. (2. Kreis). Nachruf. Unser Genosse **Johann Manygel** Salzwedeler St. 6 ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung ist bereits erfolgt. Die Abt.-Leitg.

Bezirksverb. Berlin SPD. 109. Abteilung Friedrichshagen. Die Einäscherung unseres am 28. Januar verunglückten treuen Genossen **Willi Wach** findet am Freitag, den 5. Mai, abends 6 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Sein Andenken wollen die Genossen durch eine zahlreich. Beteiligung ehren. Der Vorstand.

Asthma mit Hustenanfällen und starker Verschleimung findet wirks. Hilfe d. Reichels echte Asthmatropfen, berühmt d. ihre Wirkung. 30 jährige glänzende Erfolge. M. 20-. **Otto Reichel**, Bln. 41 SO, Eisenbahnstr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Metalldrücker und Polierer.
Heute Donnerstag, 4. Mai, nachm. 4½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25:

Außerordentliche Vertrauensmänner-Konferenz.
Jeder Betrieb muß eine Vertretung entsenden.
Die Meister- und Vorarbeiter-Versammlung fällt aus.

Mechaniker, Optiker und Uhrmacher, Eicher und Eicherinnen.
Freitag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25 (großer Saal):

Vollversammlung der Gesamtbranche.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bierbücher über: „Das einheitliche Arbeitsrecht und die arbeitsrechtlichen Gesetze". 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Die Gruppen der Schreibmaschinen, Stempelbetriebe, Feinmechanik, Nähmaschinen, Laden- und Fabrikoptik, Laden- und Fabrikuhrmacher sind besonders eingeladen.
Mitgliedsbuch, mit einem der obigen Berufe versehen, legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde in Berlin-Lichterfelde
Aenderung des Mahngebührentarifs.
§ 50 der Satzung.
Die Mahngebühren betragen:
bis 50,00 M. 1.00 M.
über 50,00 M. „ 200.00 „ 2.00 „
„ 200,00 „ „ 500.00 „ 3.00 „
„ 500,00 „ „ 1000.00 „ 4.00 „
und für jede weiteren angefangenen 1000 M. mehr ...... .3,00 „
Diese Aenderung tritt mit dem Tage der Genehmigung durch das Versicherungsamt der Stadt Berlin in Kraft.
Berlin-Lichterfelde, den 19. April 1922.
Der Vorstand.
Der Vorsitzende: Gustav Tilsack. Der Schriftführer: Fritz Haneberg.
Auf Grund des § 28 der Reichsversicherungsordnung wird der im § 50 der Satzung enthaltene Mahngebührentarif genehmigt.
Berlin, den 27. April 1922.
Versicherungsamt der Stadt Berlin.
Hauptstelle.
(L. S.) Dr. Meyer. 165/1
1736 Vers. A. R. 22

Deutscher Metallarbeiterverband, Verw. Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Paul John Neukölln, Nogatstraße 41
am 30. v. M. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Ferner starb unser Kollege, der Schlosser
Wilhelm Gratzke
Exerzierstraße 19, am 28. v. M.
Die Einäscherung findet am Montag, den 8. Mai, nachm. 1 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 27. April verstarb plötzlich durch einen Unglücksfall unser Automitfahrer
Karl Falkenthal
Wir verlieren in dem auf so tragische Weise Dahingeschiedenen einen tüchtigen, fleißigen Arbeiter, der insbesondere seiner nie versagenden Arbeitswilligkeit wegen verstand, sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu erwerben.
Wir werden seiner stets ehrend gedenken!
Die Arbeiter der Hartwig Kantorowicz Akt.-Ges. Berlin.
Die Beerdigung findet Freitag, den 5. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle Blanke Hölle (Siedelung Lindenhof) aus statt.

Diskrete Teilzahlung
Geschäftsgründung 1889 — Hunderttausende Kunden in allen Städten

Die photographische Kamera schafft dauernde Erinnerungen an frohe Feste und macht schöne Wandertage durch Selbstaufnahmen unvergesslich, doch

was kostet heute ein Photographischer Apparat?

Die Antwort gibt unsere Schaufensterausstellung, die solide, brauchbare Apparate zu sehr vorteilhaften Preisen zeigt.

Unser System, welches die Zahlung auf zwölf Monate verteilt, erleichtert die Anschaffung.

Auf Teilzahlung zu Ladenpreisen

Unsere Artikel: Photo-Apparate u. -Bedarfsartikel, Theater-, Reisegläser, Reißzeuge, sämtliche Musik-Instrumente, Mandolinen, Gitarren, Geigen, Zithern etc., Sprechmaschinen und -Platten, Gold-, Silberwaren, Brillanten, Taschenuhren, Armbanduhren, Standuhren, Regulatoren, Wecker, Alfenide-, Nickelwaren, Kristall-, Porzellan-, Tafel-, Kaffeeservice, Lederwaren, Koffer, Schirme, Parfümerien, Haarschmuck, Rasierartikel, Spitzen, Pfeifen, elektrische Tisch- und Standlampen, Rauch-, Klub- u. Teetische, Schreibzeuge, vornehme Geschenke

JONASS & Co. Belle-Alliance-Str. 7-10

Für **Gold- u. Silber-Bruch Brillanten etc.** zahlt die höchsten Tagespreise **Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft** Berlin Antwerpen **Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)**

Kunstspielpianos u. Flügel
VIRTUOLA
Fußbetrieb / Elektrisch beides vereinigt
ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstnuancierung
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119 bis 120, I. Stock

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatengold, von 250,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 200,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 100,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
D. R. G. M. Ausführlicher Katalog nach auswärts geg. Rückporto.
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
3 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. — 1 Min. v. Wittenb.-Pl., Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. — Telephon: Steinplatz 11803.
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Achtung! Noch sehr preiswert Achtung!
Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsatz- und Normalhemden, Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten
Spez.: **Dauerwäsche**
J. Alfberg, Neukölln, Bergstraße 155 Filiale: Berlin, Oranienstraße 199

Verkäufe

Anzüge, Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Sie sparen Geld! Wenn Sie im Leihhaus Humboldt, Gerichtstr. 23, gegenüber der Städtischen Badeanstalt, Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Pelzwaren kaufen. Spottbillige Preise. Keine Lombardware. *

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw., in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5, direkt Rosenthalertor. *

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Dauerwäsche verkauft Szillat, Kolonistraße 9.

Achtung! Neu eröffnet! Monatsgarderobenhaus, Brunnenstr. 4, 1. Etage, direkt am Rosenthaler Platz. Große Auswahl in Herrenanzügen, Schlüpfern, Covercoats, Gummi- und Gabardinemänteln zu immer noch alten Preisen. Ferner Verleih von wenig getragenen, teils auf Seide gearbeiteten Frack-, Smoking-, sowie Cutawayanzügen. *

Kavalier-Garderobe, wenig getragen und neu, billig. Monats-Garderobenhaus „Triumph", Elsasserstraße 41, zweites Haus von Friedrichstraße. Blaue Firmenschilder. Nur Sterneingang. Elsasserstraße 41.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Katzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Bettwäsche billig! Diese Woche große Preisermäßigung! Riesenauswahl in Bezügen 135.—, Kissen 38.—, Bettlaken 96.— an. Prima Ueberschlaglaken 425.—, Paradekissen, Wäschestoffe, Inletts, Dimiti, Damast, bunte Bezugstoffe, Handtücher, nur prima Qualitäten. Fabrikpreise! Streng reelle Bedienung. Wäschefabrik Stumpe u. Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. Größtes Bettwäsche-Spezialgeschäft. *

Billige Bettwäsche! Diese Woche 5 Proz. Rabatt. Bettbezüge 134.—, Kissen 42.—, Bettlaken 82.— an. Handtücher, Tischtücher, Wäschestoffe, alle Aussteuerartikel weit unter Preis. Streng reelles Angebot. Massenauswahl. Bettwäschefabrik Puttkamerstr. 1, Ecke Wilhelmstr. Alte, bestrenommierte Spezialfabrik. Geöffnet ½9 bis 7. *

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit, bequeme, diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Nassendorfstr. 22a, 2. Etage, Nähe Nassendorfplatz. Geöffnet 9—7. *

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat in Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Bitte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 65 A, I. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 375, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexanderstr. 44 II, Ecke Landsbergerstr.

Bettwäsche billig! Bedeutende Preisermäßigung! Nur diese Woche. Deckbettbezüge 128.—, Kissen 36.—, Bettlaken 82.— an. Angestaubte Bezüge weit unter Preis! Prima Ueberschlaglaken 395.—. Paradekissen, Füchen, Wäschestoffe, Damaste, Dimitti, Engrospreise. Für Aussteuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). Geöffnet bis 7. *

Auf Teilzahlung. Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Seniger, Oranienburgerstr. 58, Seitenflügel (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9—7. Hausnummer genau beachten.

Bettwäsche, noch Zeit, billig einzukaufen. Bettbezüge, Kissen, Laken, Handtücher, Damenhemden, Beinkleider, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken, Läuferstoffe, Brücken, Betten. Keine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe im Wäschehof, Leihhaus Moritzplatz 58a. *

Bettwäsche billiger. An 4 Ultimotagen findet der Verkauf von Bettwäsche zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen statt. Deckbetten 165.—, Kissen 40.—, Laken 65.— an usw. Hemdentuche, Inletts, Handtücher staunend billig. Riesige Auswahl. Zentral-Bettwäschefabrik, Charlottenburg, Berlinerstraße 99, zwischen Wilhelm- und Luisenplatz; Friedenau, Rheinstraße 99, an der Kaiserallee.

Möbel

Schlafzimmer mit 150 breitem Spiegelschrank, Spiegelwaschkommode, mit Stahl und Auflegen, 17 500, Speisezimmer 8500, 13 800, Anrichteküchen 4800, Sofas, Sofaumbaue, Kleiderschränke, Vertikows, Bettstellen 1500, enorme Auswahl. Möbelhaus Kamerling, Kastanien-Allee 54 (Ecke Weinbergsweg). 12308*

Ruhebetten, gute Stoffe und solide Arbeit. Wolger, Neukölln, Böhmischestraße 46. *

Metallbetten 250.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststraße 82a, Quergebäude. *

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstr. 10. 1498*

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarder Straße achtzehn. *

Maschinenschrauben, Muttern kauft Albrecht Reinickendorferstraße 10. *

Schmirgelleinen, Spiralbohrer, Feilen kauft Lindner, Köpenickerstr. 98. *

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1428*

Fahrradankauf, höchstzahlend, Gitschinerstraße 78. *

Schallplatten-Umtausch. Kilo 30.—. Sange, Bergmannstraße 15. 12038

Tischlermaschinen gesucht. Hirsch, Bankstraße 39. 9279*

Damenrad, Herrenrad kauft Orthmann, Schreinerstraße 37. 9258

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstr. 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau. Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Verschiedenes

Silberwährte, bekannte Stelle für Rechtsberatung, Prozeßführung. Rechtsbeistand Senz, Große Frankfurterstraße 96, Zweigbureau Dresdowstr. 26, Ecke Prenzlauer Allee. 12S*

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchung, diskret, langjährige Erfahrung, gewissenhafte Behandlung, Damen. Frau Holden, kreisärztlich geprüft, Fruchtstraße 35, vorn III links (direkt Schlesischer Bahnhof). *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Kreissägenschneider sucht Kistenfabrik, Rostigstraße 20. 12625

Bauschlosser stellt sofort ein H. Klemme, Friedenau, Schwarzenbergerstraße 32. *

Maurerburschen. Berlin, Nürnbergerstraße 20, Polier. 12628

Arbeitsburschen, jüngeren, verlangt, Kurstraße 33 II. 13516

Näherinnen für Gardinen und Kissen sofort gesucht. Meldungen in unserer Personal-Verwaltung, III. Stock, in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Berlin W. 50, Tauentzienstraße 21/24.

Maschinenarbeiter für Holzbearbeitungsfabrik mit elektr. Antrieb stellt sofort ein **Actien-Gesellschaft f. Bauausführungen** Werkplatz Spandau-Hakenfelde am Teufelseekanal

Werkmeister und Zuschneider (mögl. unverheiratet) für Ledermöbelfabrik in Westfalen zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter K. 40 an Expedition des „Vorwärts".

Tüchtiger Maschinen-Tischler zur Aufstellung mehrerer Holzbearbeitungsmaschinen nach Kowno (Litauen) gesucht. Angebote erbittet Axel Andersen, Hotel Reichskrone, am Bahnhof Friedrichstraße. [12645

Schlosserlehrlinge u. Klempnerlehrlinge stellen ein **Otto Lubitz Kunst- u. Bauschlosserei** und **Bergmann Eisenmöbel-Fabrik** Zentralbureau: Neue Königstraße 88 Meldungen 9-6 Uhr, Sonnabends 9-1 Uhr Tel.: Kgst. 2564 u. 2565 Fabriken: Neue Königstraße 10 und 72

ZZ Botenfrauen u. Männer werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt
Ackerstr. 174 (Koppenplatz) — Lübecker Straße 11
Bärwaldstraße 42 — Markusstraße 3a
Bastianstraße 7 — Müllerstraße 34 a
Boxhagener Str. 62 — Petersburger Platz 4
Greifenhagenerstr. 22 — Prinzenstraße 51
Immanuelkirchstr. 24 — Steglitzer Straße 37
Lausitzer Platz 14/15 — Waitzstraße 9
Wilhelmshav. Str. 48
Borsigwalde, Räuschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Neckarstr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschönweide, Brückenstr. 10
Niederschönhausen, Treskowstraße 37
Schöneberg, Belziger Straße 37
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 38